

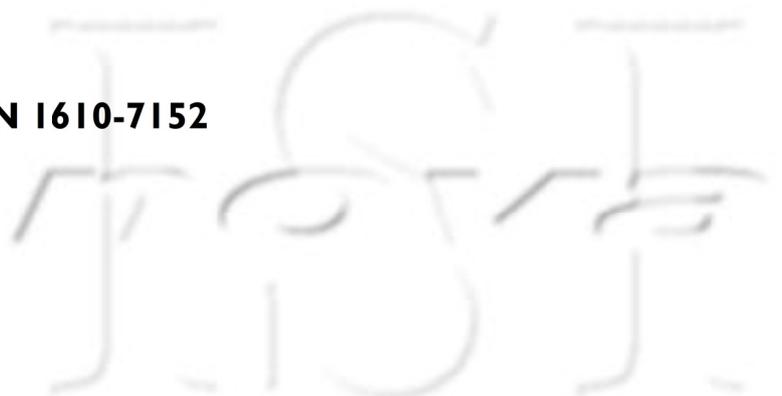
Nr. 14

*Jana Rückert-John & René John*

## **Alltag und Umwelt.**

**Aktuelle Herausforderungen der nachhaltigen Transformation der  
Gesellschaft – Ergebnisse von Gruppendiskussionen**

**ISSN 1610-7152**



### *Förderhinweis*

Diese Studie entstand im Zusammenhang mit dem Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (FKZ 3711 93 333) „Nachhaltiger Konsum durch soziale Innovation – Konzepte und Praxis“, gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und vom Umweltbundesamt vom Juni 2012 bis November 2013. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der privaten Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

## *Impressum*

### **Beiträge zur Sozialinnovation**

ISSN 1610-7152

Herausgegeben vom

Institut für Sozialinnovation e.V.  
Postfach 12 01 22 • 10591 Berlin  
Tel./Fax: +49 700-ISINOVA-1  
(+49 700-4746682-1)  
Email: [info@isinova.org](mailto:info@isinova.org)  
[www.isinova.org](http://www.isinova.org)

Redaktion: Institut für Sozialinnovation

Verlag: Eigenverlag

Jahr: 2015

© Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die Verwertung, der Nachdruck, die Vervielfältigung durch Kopie, sind nur mit Zustimmung des Herausgebers gestattet. Namentlich gekennzeichnete Beiträge und Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Zitation: [Autor][Jahr]:[Titel]. Beiträge zur Sozialinnovation Nr. [...]. Berlin: Institut für Sozialinnovation. [Downloadpfad, Datum]

# Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung und methodische Vorbemerkungen.....	4
2 Diskussionen der Thesen.....	6
Mobilität: Fehlende Bedingungen für Alternativen.....	6
Ernährung: Orientierungs- und Vertrauensverlust von Labels.....	9
Sensibilisierung des Verbraucherverhaltens durch Skandale.....	12
Haushaltsführung: Ökostrom und CO <sub>2</sub> -Kompensation – Komplexitäten und Unklarheiten.....	15
Rio-Konferenz: Ereignis am Rand.....	17
Positive Ansprache durch die Politik.....	19
Wohnen: Rand oder Zentrum – Wohngemeinschaften in der Jugend und im Alter.....	21
3 Rezeption von Störungen als Irritation und Chancen zur Veränderung von Alltagspraktiken: Argumentationstypen.....	24
„Engagierte Optimierung“.....	25
„Engagierte Idealisierung“.....	28
„Engagierte Pragmatik“.....	29
„Engagierte Skepsis“.....	30
„Selbstbezogene Pragmatik“.....	31
„Selbstbezogene Skepsis“.....	33
„Fatale Skepsis“.....	34
4 Sozio-kulturelle Determinanten der Bereitschaft zur innovativen Veränderung von Alltagspraktiken.....	36
5 Empfehlungen für die umweltpolitische Kommunikation.....	38
6 Literatur.....	42

# 1 Einleitung und methodische Vorbemerkungen

Begleitend zur Repräsentativbefragung „Umweltbewusstsein in Deutschland 2012“ wurden qualitativen Gruppendiskussionen in zwei Runden durchgeführt. Die erste Runde der vier Gruppendiskussionen fand im Herbst 2011 statt. Die Gruppendiskussionen wurden in jeweils zwei Klein- und Großstädten in Ost- und Westdeutschland durchgeführt. Die Gruppenteilnehmer wurden kontrastierend nach den sozialstrukturellen Merkmalen Alter, Geschlecht, Erwerbsstatus, Bildungsabschluss, Familienstatus und Einkommen ausgewählt. Hierbei wurde auf die Hilfe einer jeweils ortsansässigen Kontaktperson zurückgegriffen, die die jeweilige Gruppe unter Berücksichtigung der genannten Merkmale zusammenstellte.

Mit den Gruppendiskussionen der ersten Runde wurde das Ziel verfolgt, die theoretische Perspektive von Innovativität als ambivalentem Verhältnis zwischen Bewahrungstreiben und Veränderungsbereitschaft beziehungsweise Chancenwahrnehmung weiter zu entwickeln und auf die Alltagspraktiken bezogenen Hypothesen für die Repräsentativerhebung abzuleiten. Die leitende Frage der Gruppendiskussionen war die nach den Rahmenbedingungen, individuellen (förderlichen) Einflussfaktoren und Hemmnissen als Hinderungsgründe bei der Chancenwahrnehmung hinsichtlich eines nachhaltigen Alltagshandelns. Die Diskussion fokussierte auf die alltäglichen Praktiken in den Handlungsfeldern, die auch in der Repräsentativbefragung unterschieden wurden, nämlich Mobilität, Ernährung/Lebensmittel, Haushalten und Wohnen sowie größere, außeralltägliche Anschaffungen. Eine leitende These der Gruppendiskussionen war, dass das routinierte Alltagshandeln der Bürgerinnen und Bürger sich bereits durch vielfältige umweltaffine Praktiken auszeichnet, auch wenn hierbei Umweltschutz häufig als Effekt denn als Motiv in Erscheinung tritt. Die Analyse der Ergebnisse der ersten Runde der Gruppendiskussionen erbrachte neben den angestrebten Zielen, Argumentationstypen, die über die Art der Rezeption von Umweltproblemen und der darauf bezogenen Gestaltung von Alltagspraktiken Auskunft gaben (John 2013).

Die zweite Runde der Gruppendiskussionen fand im Frühjahr 2013 in denselben zwei Kleinstädten und zwei Großstädten in Ostdeutschland beziehungsweise Westdeutschland statt. Mit wenigen Ausnahmen konnten die Gruppen in ihrer alten Besetzung zur erneuten Diskussion versammelt werden. In einem Fall wurden zwei weitere Teilnehmer gewonnen. Den Teilnehmern wurden zur Vorbereitung Informationsbriefe zugesandt, die neben einem Einladungsschreiben und der Broschüre „Umweltbewusstsein in Deutschland 2012“ (UBA 2013) ein Blatt mit acht Thesen zu zentralen Aussagen der Repräsentativbefragung sowie den dabei verwandten Kurzfragebogen zu den „Typen alltäglicher Lebensführung“ enthielten.

Die Gruppendiskussionen der zweiten Runde verfolgten die Ziele, die als Thesen formulierten zentralen Ergebnisse der Repräsentativerhebung in der Diskussion zu qualifizieren sowie die Erkenntnisse der ersten Gruppendiskussionen hinsichtlich der Argumentationstypen zu evaluieren und zu verallgemeinern. Insofern hatten die Gruppendiskussionen auch den methodischen Charakter von Fokusgruppen, wobei aber neben den eigentlichen Bewertungen zu den Thesen Wert auf die Begründung und Diskussion der jeweiligen eigenen Positionen gelegt wurde. Die Auswertung erfolgte in Anlehnung an die dokumentarische Methode (Bohnsack, 1997, 2010).

Die acht diskutierten Thesen decken das Themenspektrum der Umweltbewusstseinsstudie 2012 ab, wobei zu den alltäglichen Handlungsfeldern Mobilität, Ernährung, Haushalten, Wohnen sowie zu den größeren, außeralltäglichen Anschaffungen jeweils eine beziehungsweise zwei Thesen formuliert wurden. Des Weiteren wurde eine These aufgestellt, die auf die Rolle der Umweltpolitik und ihre Bedeutung im Verhältnis zu anderen politischen Aufgaben zielte. Eine abschließende These thematisierte die Rio+20-Konferenz und die Einschätzungen ihrer Folgen für die Nachhaltigkeitspolitik, womit auch ein Bezug zu der im selben Kontext durchgeführten Medienanalyse (John 2015) hergestellt wurde.

Leitende Fragen für die Diskussion der acht Thesen waren die Folgenden:

- Wird den Thesen zugestimmt oder werden sie abgelehnt? Wie begründen die Teilnehmer ihre Position? Welche Erfahrungen werden dabei benannt?
- Was sind Bedingungen für Veränderungen umweltrelevanter Alltagspraktiken aus Sicht der Teilnehmer?
- Was sind Hemmnisse und Barrieren für Umorientierungen und veränderte Alltagspraktiken?
- Mit welchen Widersprüchen und Ambivalenzen sehen sich die Teilnehmer angesichts von Umweltproblemen und den alltäglichen Anpassungsherausforderungen konfrontiert?

Die Auswertung der Gruppendiskussionen zielte im ersten Schritt auf das Meinungsbild zu den Thesen, die von den Resultaten der Repräsentativbefragung abgeleitet wurden. Im zweiten Schritt wurden die Argumentationstypen identifiziert und mit den Ergebnissen der ersten Runde der Gruppendiskussion verglichen. Im dritten Auswertungsschritt wurde das bei der Repräsentativbefragung verwandte Milieumodell der „Typen alltäglicher Lebensführung“ (Otte 2004) hinsichtlich der Argumentationstypen und deren Themenabhängigkeit diskutiert. Dabei war zu prüfen, ob die Typen alltäglicher Lebensführung sich bestimmter Argumentationsmuster bedienen und somit bestimmten Argumentationstypen entsprechen. Indem den Teilnehmenden an den Gruppendiskussionen in der zweiten Runde die Fragen zu den Typen alltäglicher Lebensführung in ihrer Kurzversion zur Beantwortung vorgelegt wurden, war es möglich, milieuspezifische Bezüge zu Aussagen der Repräsentativerhebung herzustellen und für die

Ausarbeitung von Vorschlägen umweltbezogener Kommunikationsstrategien heranzuziehen. Dazu werden in einer abschließenden Diskussion der Ergebnisse weiterführende Handlungsoptionen zur Verstärkung innovativer Potenziale, differenziert nach Handlungsfeldern, abgeleitet. Daran schließt eine Diskussion der sich hieraus ergebende Herausforderungen für Umweltpolitik und Umweltkommunikation an.

## 2 Diskussionen der Thesen

### ***Mobilität: Fehlende Bedingungen für Alternativen***

These: Die alltäglichen Wege legt man mit den gewohnten Verkehrsmitteln zurück. Aus welchen Gründen aber werden diese Gewohnheiten verändert? Wir fanden, dass man vom ÖPNV zum Auto wechselt, um Wege für die Familie und zur Arbeit besser zu bewältigen. Umgekehrt wechselt man vom Auto zum ÖPNV häufig wegen des hohen Alters.

Zu dieser These wurden in der **ostdeutschen Kleinstadt**gruppe vorwiegend Gründe für die Autonutzung ausgetauscht und diskutiert. Unter den Teilnehmenden fanden sich konsequente Autonutzer, die Gründe, wie Verlässlichkeit, Flexibilität und Unabhängigkeit angaben, die vor allem bei der Gestaltung des Alltags mit Kindern oder aufgrund einer dezentralen Wohnlage von hoher Bedeutung sind. Andere Teilnehmende befanden es gut und wichtig für das eigene Wohlbefinden, durch ihre zentrale Wohnlage viele alltägliche Wege zu Fuß oder mit dem Rad erledigen zu können. Die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel wurde generell als wenig alltagstauglich gesehen, weil diese mit Aufwand verbunden sind, wie zum Beispiel die Notwendigkeit von Recherchen, und wenig verlässlich seien. Öffentlicher Verkehr kommt daher eher in der Freizeit in Frage, als positiv wurden günstige ÖPNV-Tarife für Ausflüge in andere Städte genannt. Alltägliche ÖPNV-Nutzung wurde eher für Personen als relevant angesehen, die sonst keine Alternativen haben, dabei wurden vor allem dezentral wohnende Menschen bedauert, die durch ungenügende Infrastrukturen in Abhängigkeiten geraten. Positiv betont wurden „fahrende Dorfhändler“, die in solchen Situationen zumindest einen zeitweisen Zugang zu Konsummöglichkeiten schaffen.

Zu dieser These wurden von den Teilnehmenden in der **westdeutschen Kleinstadt** zunächst Vermutungen zur Veränderung des Verkehrsverhaltens von älteren Menschen geäußert. Dazu gehört auch die Überlegung, dass ältere Menschen ebenso aufgrund der hohen Kosten für Autobesitz und -nutzung auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen. Außerdem hätten diese mehr Zeit oder doch eine größere Flexibilität bei der Alltagsgestaltung, um öffentliche Verkehrsmittel nutzen zu können. Geldmangel wird auch allgemein als Grund dafür gesehen, dass weniger Menschen Autos besitzen oder kaufen und die Zulassungszahlen zurückgehen. Gleichzeitig wird betont, dass der Autobesitz für viele Menschen wei-

terhin wichtig ist. Für die Teilnehmenden scheint es selbstverständlich, dass bei entsprechender finanzieller Ausstattung ein Auto zum Haushalt gehört, wie später am Beispiel von Studierenden aus wohlhabenden Familien diskutiert wird. Einer der Teilnehmer hält einen freiwilligen Umstieg auf Alternativen zum Auto erst dann für wahrscheinlich, wenn die strukturellen Bedingungen günstiger sind, etwa wie durch die „ausgereiften“ Fahrradverleihsysteme in französischen Städten. Die Mehrzahl der Teilnehmenden besitzt selbst kein Auto und ist im Alltag eher kleinräumig zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs. Begünstigt wird das dadurch, sehr zentral und nah am Arbeitsplatz zu wohnen. Die Autobesitzer in der Gruppe führten Gründe wie die „enge Taktung des Alltags durch Kinder“ sowie die weite Entfernung zum Arbeitsplatz für die Anschaffung ihres Autos an. Pendeln – ob mit dem Auto oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln – wurde als Belastung diskutiert, insbesondere der Zwang in der „Rushhour“ unterwegs sein zu müssen. Als zusätzlicher Nachteil für Autofahrer wurde die Notwendigkeit der Parkplatzsuche betont. Aber auch der Umstand, auf öffentliche Verkehrsmitteln angewiesen zu sein, wurde als Belastung benannt.

In der **westdeutschen Großstadt** begannen die Teilnehmenden zu dieser These damit, sich über Gründe für die ÖPNV- und Auto-Nutzung auszutauschen und diese zu diskutieren. In der Gruppe überwogen die Nutzer des ÖPNV, was am großstädtischen Kontext dieser Gruppe liegt. Als Gründe für die Nutzung der Angebote des ÖPNV und Vorteile gegenüber dem Auto in der Großstadt wurden von den Teilnehmenden vor allem Flexibilität und Zeitersparnis gesehen. Gegen den Autobesitz sprachen allgemein die hohen Kosten; in der Großstadt kommen aber noch die Probleme bei der Parkplatzsuche und die Verkehrsstaus hinzu. Einig waren sich die Teilnehmenden, dass das Auto heute kein Prestigeobjekt mehr ist. Es wird eher pragmatisch gebraucht und viele seien froh, darauf verzichten zu können. Ergänzend zum ÖPNV wird von den Teilnehmenden, in Abhängigkeit von Jahreszeit und Wetterverhältnissen, häufig das Fahrrad genutzt. Die Unbequemlichkeiten des Fahrradfahrens werden mit dem Argument positiver Umwelteffekte in Kauf genommen. Ein Teilnehmer nannte als Grund dafür sein „ökologisches Bewusstsein“ und sein Ideal einer CO<sub>2</sub>-rückstandslosen Mobilität. Die Situation auf dem Land außerhalb der Stadt schätzten die ÖPNV-Nutzer unterschiedlich ein. Hier erschien ihnen das Auto als durchaus sinnvoll und notwendig, denn die zuvor angeführten Vorteile des ÖPNV in der Stadt finden hier ihre Entsprechung nur beim motorisierten Individualverkehr. Aus aktueller Sicht schien ein Autokauf für die spätere Familienplanung zweier Teilnehmer nicht zwingend notwendig. Jedoch, meinten sie, braucht es gute infrastrukturelle Voraussetzungen, um mit Kindern ohne Auto und mit dem ÖPNV oder Fahrrad zurecht zu kommen. Wenn sie am Stadtrand leben würden, was häufig für junge und gut situierte Familien zutrifft, wären ein ausgebautes ÖPNV-Netz und Fahrradwege bis in die Innenstadt notwendig. Da mit Kindern auch die Anzahl der täglichen Wege zunimmt, ist dieses Mobilitätskonzept, bei dem auf das Auto verzichtet wird, auch wesentlich zeitaufwendiger.

In der Gruppendiskussionsgruppe der **ostdeutschen Großstadt** bestand Einigkeit darüber, dass die Bewältigung alltäglicher Wege mit Kindern und Familie die Autonutzung notwendig macht. Deutlich wurde, dass das Auto für die tägliche Mobilität von Familie und Kindern die bequemere Variante ist. Eine Teilnehmerin wies auf die paradoxe Situation hin, dass familienfreundliche Wohnlagen vor allem die städtischen Randgebiete sind. Da diese jedoch eine weniger dichte ÖPNV-Struktur aufweisen, drängt sich die Autonutzung geradezu auf, wenn man die Wege zur Arbeit, Kinderbetreuung, zu anderen Familienmitgliedern und Versorgungseinrichtungen in angemessener Zeit zurücklegen will. Als weiteres Argument für die Auto-Nutzung wurde die höhere Sicherheit der Kinder angeführt. Dieser Gruppe erschien der Autobesitz auch heute noch ein Wohlstandsindikator zu sein, weil man sich ein Auto leisten können muss. Jedoch erscheint den Teilnehmenden mehrheitlich das Fahrradfahren als ernsthafte Alternative zur Nutzung des Autos, aber auch des ÖPNV. Hierbei wurden vor allem die vermittelnden Motive jenseits der Mobilität diskutiert, wie Gesundheit, Sport und Bewegung, aber auch Umweltschutz. Als förderlich und unterstützend wurden Situationen genannt, wenn Arbeitgeber dazu aufrufen, mit dem Fahrrad zur Arbeit zu fahren oder wenn dieser Trend durch die kommunale Verwaltungen unterstützt wird. Chancen für einen Umstieg zum ÖPNV sah eine Teilnehmende durch den Umzug in die Großstadt als Beginn einer neuen Lebensphase. Solche Anlässe wurden ihrer Meinung nach bislang in den Kommunikationsstrategien für eine ÖPNV-Nutzung noch zu wenig berücksichtigt. Ein positives Argument sollte nach Meinung eines Diskutanten die „Erlebnisqualität“ des ÖPNV sein, denn der ÖPNV fördert Begegnungen zwischen ganz unterschiedlichen Menschen, was spannend ist. Dieses Argument wurde von anderen Teilnehmenden jedoch mit Skepsis begegnet, denn es verlangt Toleranz gegenüber „anderen Lebensformen“. So sei die spannende Vielfalt auch ein Grund dafür, lieber allein „im Stau zu sitzen und Musik zu hören“. Ein älterer Gruppenteilnehmer sah als Vorteil des ÖPNV vor allem die günstigen Seniorentarife. Als Nachteil des ÖPNV erkannte er jedoch, dass lediglich mobile, nicht gebrechliche Personen solche Angebote tatsächlich nutzen können. Einig waren sich die Teilnehmenden, dass es zukünftig darum gehen muss, die Spontanmobilität und Multimodalität, das heißt die Kombination verschiedener Verkehrsmittel, zu fördern. Ein Teilnehmender erläuterte, dass das die Kombination von Formen des flexiblen und auch privat organisierten Autoteilens sowie die Kurzzeitnutzung von Leihwagen mit Angeboten des ÖPNV umfassen müsste. Dies würde Möglichkeiten schaffen, um aus der „Abhängigkeit vom Autobesitz rauszukommen“. Hiermit müsste aber auch eine attraktivere Gestaltung des ÖPNV verbunden sein; allein das Wort „öffentlicher Personennahverkehr“ sei „sperrig“. Andere Teilnehmende stimmten dieser Aussage zu und ergänzten, dass es auch auf übersichtliche und gut verständliche Informationen zu alternativen Mobilitätsangeboten ankäme.

**Zusammenfassend** lässt sich zu dieser These festhalten, dass ein Großteil der Teilnehmenden an den Gruppendiskussionen der Meinung war, dass ein Auto zur Gestaltung des Alltags, vor allem mit Familie

und Kindern, notwendig ist. Widerspruch dazu wurde in der Hinsicht formuliert, dass auch das Autofahren vor allem in der Großstadt zu einer Belastung werden kann. In der Diskussion gingen die Meinungen darüber auseinander, ob das Auto heute noch ein Statussymbol darstellt. Für die Deutung als Statussymbol wurde angeführt, dass Autobesitz an eine entsprechende finanzielle Ausstattung der Haushalte geknüpft ist. Kostenersparnis sei für ältere Menschen der Grund, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Aufgrund eines vermehrt pragmatischen Gebrauchs des Autos liegt nun gerade im möglichen Verzicht ein Reiz, wie andere meinten. Aus großstädtischer Perspektive wurden regionale Unterschiede zwischen Stadt und Land als Grund für die Verkehrsmittelwahl benannt. Erscheint in der Großstadt die Nutzung der ÖPNV-Angebote vorteilhaft, so sind solche Angebote in der ostdeutschen Kleinstadt wenig alltagstauglich – nur mangels Alternativen werden diese genutzt. Als Tenor kann man festhalten, dass der Umstieg vom Auto zum ÖPNV und anderen Verkehrsmitteln erst dann wahrscheinlicher wird, wenn es hierfür günstige strukturelle Bedingungen sowie attraktive, flexible und gleichwohl übersichtliche Angebote gibt.

### ***Ernährung: Orientierungs- und Vertrauensverlust von Labels***

These: Auf Lebensmitteln finden sich mittlerweile eine Vielzahl unterschiedlicher Label, Siegel und Hinweise. Wer diesen Angaben nicht oder weniger vertraut, für den zählen vor allem der Preis und die Haltbarkeit der Ware. Das Vertrauen dieser Käuferinnen und Käufer in das Produkt sinkt eher, wenn sie Labels auf der Packung sehen. Sie können mit diesen Informationen einfach nichts anfangen. Wer sich aber an Labels orientiert, schätzt vor allem faire und ökologische Produkte und fühlt sich in seinen Entscheidungen sicherer als andere Käufergruppen.

Einige Teilnehmenden in der Gruppe der **ostdeutschen Kleinstadt** äußerten sich misstrauisch gegenüber Labels aufgrund von Medienberichten über Produktionsskandale und auch persönliche Enttäuschungen. Zum Thema „irreführende regionaler Herkunftsangaben“ entspannte sich eine Diskussion um die Bedeutung von Regionalität und den Unterschied zwischen nationaler und internationaler Produktherkunft. Die Herstellung in der eigenen Region oder im eigenen Land wird überwiegend bevorzugt. Allerdings sei es überhaupt schwierig, verlässliche Informationen zur Herkunft zu bekommen oder tatsächlich in Deutschland hergestellte Ware zu kaufen. Einigkeit herrschte darüber, dass regional orientierte Verbraucher mit vermeintlich einheimischen Produkten bewusst in die Irre geführt werden. Die Diskussion wurde durch einen Teilnehmer erweitert, indem er auf Produkthinweise wie „Bio“, „Direktsaft“ oder „Öko-Kontrollstelle“ verwies, die er generell verwirrend findet. Wirkliches Verständnis könne man nur gegenüber Produkte entwickeln, an deren Herstellungsprozess man selbst in irgendeiner Form beteiligt war, wenn man etwa eigenes Obst zur Mosterei bringt. Insbesondere gentechnisch veränderte Lebensmittel wurden als kaum erkennbar eingeschätzt, weshalb man eine davon ausgehende

Gefahr auch nicht beurteilen und vermeiden kann. „Früher“ hingegen wären Produkte und insbesondere Lebensmittel leichter einzuschätzen gewesen, waren sich die Diskussionsteilnehmer einig. Man konnte besser erkennen, wann Äpfel oder Wurst nicht mehr genießbar waren. Außerdem wäre früher „alles Bio“ gewesen, während man heute mit einem Siegel konfrontiert wird, dass man teilweise missbräuchlich verwendet. Darum sei den Diskussionsteilnehmern nicht klar, wofür „Bio“ genau steht, außer dass die so bezeichneten Produkte häufig zu teuer sind. Allerdings fand die Mehrheit auch, dass Bio-Produkte besser, gesünder sind, weil sie nur wenig oder gar nicht chemisch behandelt und gespritzt werden. Sie würden eher „Bio“ kaufen, wenn es den gleichen Preis wie konventionelle Lebensmittel hätte. Skandale, wie der Betrug mit Bio-Eiern, verunsichern jedoch. Die Strafverfolgung der „schwarzen Schafe“ wird in den Augen der Diskutanten nicht konsequent betrieben. So blieben Verbraucher im Unklaren über die Schuldigen, womit ihnen die Möglichkeit des gezielten Vermeidens betrügerischer Ware genommen wird.

Die Diskussionsteilnehmer in der **westdeutschen Kleinstadt** berichteten im Zusammenhang mit dieser These von unterschiedlichen eigenen Orientierungen beim Einkauf. Ein Teilnehmer vertraue vor allem den „Dienstleistern“, das heißt einer bestimmten Supermarktkette, der er „ordentliches“ Einkaufen und Ausweisen von Lebensmitteln unterstelle. Deswegen müsse er sich beim Einkauf keine Gedanken machen. Ein anderer Teilnehmer orientiert sich eher an Bio-Marken und vertraut dem „strengen“ Demeter-Siegel. Aus finanziellen Gründen kauft er aber auch Lebensmittel mit dem EU-Bio-Label, wobei er diesem nicht „hundertprozentig“ vertraut. Er betonte, dass sein Einkauf auch ein „politisches Statement“ ist. Eine Teilnehmerin schilderte, dass sie versucht, gentechnisch veränderte Produkte zu vermeiden. Jedoch hatte sie bis dahin kaum einen Einfluss auf ihren Lebensmittelkonsum, da sie noch zu Hause lebte und den Familienpräferenzen beim Einkauf akzeptieren muss. So bliebe ihr nur der Verzicht bestimmter Produkte. Mehrere Teilnehmer hielten Herkunftsbezeichnungen im Produktnamen wie „Schwarzwälder Schinken“ oder „Büsumer Krabben“ für irreführend und unglaubwürdig, da sie Regionalität nur vortäuschten.

Ausführlicher wurden die Ergebnisse zum Markteinkauf diskutiert, wobei ein Teilnehmer bezweifelte, dass ein Drittel der Befragten regelmäßig auf dem Wochenmarkt einkauft. Zwei Teilnehmer erzählten, gelegentlich auf dem Wochenmarkt einzukaufen. Die anderen in der Gruppe besuchten Wochenmärkte nicht. Markteinkäufe wurden in der Gruppe als etwas Besonderes und Außeralltägliches angesehen. Man gehe auf den Wochenmarkt wegen des „Erlebniswerts“ oder um in einer „guten Woche“ etwas „Schönes“ oder „Luxus“-Produkte zu kaufen, deren Preise aber auch in Erstaunen versetzen. Als Besonderheit wurde von einem jüngeren Teilnehmer die „Biokiste“ erwähnt. Diese wird wöchentlich in die eigene Wohngemeinschaft geliefert. Dabei macht sie einen mit Lebensmitteln bekannt, die man sonst nicht kaufen würde.

In der **westdeutschen Großstadt**gruppe waren sich die Teilnehmenden einig, dass Labels im Lebensmittelbereich nicht pauschal beurteilt werden können. Ein generelles Misstrauen gegenüber Labels werteten die Teilnehmer als eine Schutzbehauptung, um weiterhin billig einkaufen zu können. Eher müsse man bei der Vielzahl der existierenden Labels nach ihrer unterschiedlichen Aussagekraft und damit Vertrauens- sowie Glaubwürdigkeit unterscheiden. Doch seien die Produkte mit Labels übersät, ohne dass der Verbraucher erkennen kann, was es damit auf sich hat. Die Teilnehmenden waren sich darin einig, dass man sich deshalb intensiv mit dem Thema befassen und informieren muss. Das aber nimmt wiederum viel Zeit in Anspruch. Nicht nur Labels beträfe das, sondern auch Marken und Anbieter. Schnell wurde in der Diskussion klar, dass es sich hierbei um eine „komplexe Materie“ handelt, weshalb die Teilnehmenden es bezweifelten, dazu einen kompletten Überblick zu erlangen. Ein Teilnehmer schlug daraufhin vor: Es muss „einfacher gemacht werden, vereinfacht nicht, aber einfacher gemacht werden“. Einfacher wird hier dem Vereinfachen gegenübergestellt als eine Unterscheidung, bei der Zusammenhänge für die Verbraucherinformation so aufbereitet werden, dass sie schneller erfassbar sind, aber eben nicht unterkomplex sind. Der Staat sei verantwortlich für eine so geartete Entscheidungshilfe. Aufgrund der Vielzahl an Labels mit unterschiedlicher Aussagekraft und Vertrauenswürdigkeit wurde in der Runde vermutet, dass die Siegel und Labels ihren Zenit überschritten haben und dieser Trend wieder abnehmen wird, weil sie ihre Orientierungsfunktion nicht mehr erfüllen. Vielmehr wurden sie als eine Zumutung oder gar Störung empfunden. Am Beispiel von Elektrogeräten wies ein Teilnehmer auf eine weitere Funktion von Labels in Form von Testergebnissen hin: „Irgendwie hat man doch, fühlt man sich besser dabei, aber man kann es gar nicht so richtig beeinflussen. Ich glaube das geht irgendwie im Unterbewusstsein. So, und so geht das auch mit solchen Siegeln“. Trotz allem ist mit Siegeln und Labels ganz offensichtlich ein Effekt der Selbstbestätigung verbunden.

Die Diskussionsteilnehmer in der **ostdeutschen Großstadt** tauschten sich bei dieser These zum Nahrungsmittelkonsum über Produkte und Einkaufsstätten aus, denen sie vertrauen. Industriell hergestellte Lebensmittel gelten einigen vor allem nach den „letzten Ereignissen“ als wenig vertrauenswürdig. Demgegenüber bevorzugen sie frische und regionale Produkte. Als bevorzugte Einkaufsstätte wurde der Wochenmarkt genannt, wo man persönlichen Kontakt zum Händler hat. Andere erzählten, dass sie im Bio-Laden einkaufen. Dadurch machen sie es sich letztlich einfach, weil sie davon ausgehen, dass die Waren dort in Ordnung sind. Aber auch im Bio-Produktbereich richten die Käufer sich nach Labels, denen sie unterschiedlich vertrauen. Bei Produkten mit dem EU-Bio-Siegel, die auch im konventionellen Supermarkt angeboten werden, wird die Bio-Qualität durchaus bezweifelt: „Weiß man, ob das wirklich Bio ist?“. Demeter- und Bioland-Produkte erscheinen den Käufern vertrauenswürdiger. Deutlich wurde in diesem Zusammenhang, dass das Vertrauen in Labels und Siegel vom Kontext, nämlich den Einkaufsstätten abhängig ist. Als einfache Regel für den Einkauf stellte ein Teilnehmer vor, keine industriell ge-

fertigten Waren zu kaufen. Dies schien für andere Diskutanten keine realistische Lösung zu sein. Industriell gefertigte Waren ließen sich kaum vermeiden. Bio-Produkte ausschließlich im Bio-Laden zu kaufen, sei zum Beispiel mit einem höheren zeitlichen Aufwand verbunden. Zudem gebe es auch „gute Ware“, deren Qualität nicht durch Labels ausgewiesen ist, weil sich beispielsweise kleine Händler häufig die Zertifizierung nicht leisten könnten. Auf Nachfrage der Moderatorin zu den Wirkungen von Lebensmittelskandalen auf das Kaufverhalten schilderten die Teilnehmenden ihre Enttäuschungen vor allem mit Bio-Lebensmitteln, da diese eigentlich durch strengere Auflagen und stärkere Kontrollen geschützt sein sollten. Skandale, wie die um Bio-Eier, verstärken ein Misstrauen in Bio und bestätigen die Skeptiker. Eine Ursache für derartige Skandale sei es, „Bio für Alle“ zu suggerieren, obwohl doch Bio-Produkte nur in begrenztem Maß zur Verfügung stehen.

**Zusammenfassend** lässt sich zu dieser These festhalten, dass Labels, Siegel oder Marken häufig mit Misstrauen, Enttäuschungen und Unsicherheiten begegnet wurde. Dabei wurde auch eine Verbrauchertäuschung unterstellt. Gleichwohl wurde auch immer wieder für eine kenntnisreiche Beurteilung von Aussagekraft, Vertrauens- und Glaubwürdigkeit der Labels plädiert. Da dies eine zeitintensive Beschäftigung der Verbraucher mit entsprechenden Informationen erfordert, ist dem nur schwer nachzukommen. Notwendig scheinen den Diskutanten darum eine Komplexitätsreduktion der Label und Siegel, sodass sie tatsächlich als Entscheidungshilfe für Verbraucher dienen können. Neben Labels als Form des Systemvertrauens setzten die Diskutanten auf Personalvertrauen in Form persönlicher Kontakte zu Händlern. Vor allem in den ostdeutschen Gruppen wird eine übersichtlichere Vergangenheit beschworen, als man sich leicht auf dem Lebensmittelmarkt orientieren konnte – allerdings war diese klare Vergangenheit eben auch durch eine geringe Vielfalt gekennzeichnet.

### ***Sensibilisierung des Verbraucherverhaltens durch Skandale***

These: Immer wieder liest oder hört man in den Nachrichten von Skandalen in der Produktion von Lebensmitteln, Mobiltelefonen oder Kleidungsstücken. Diese Skandale führen dazu, dass Verbraucherinnen und Verbraucher beim Einkaufen aufmerksamer und kritischer werden. In manchen Bereichen wie bei Lebensmitteln ist das leichter, in anderen wie Elektronik oder Kleidung aber eher schwierig.

In der Gruppe der **ostdeutschen Kleinstadt** wurde zunächst über das Thema Kleidung und dessen Herkunft gesprochen. Kleidung kommt aus aller Welt, meinten die Gruppenteilnehmer, denn in Deutschland wird kaum etwas hergestellt. Ein deutscher Produzent wurde erwähnt und umgehend in Frage gestellt, ob die verwendeten Materialien nicht importiert werden. Bei Kleidung aus Naturmaterialien wurden die Folgen des Transports skeptisch diskutiert. Darüber hinaus sei zum Beispiel Leinenkleidung wenig akzeptiert. Besonders kritisierten die Diskutanten Anbieter sehr billiger Kleidung, in denen man „schon riecht, dass etwas nicht stimmt“. Der Großteil der Teilnehmenden sah aber keine alternati-

ven Handlungsmöglichkeiten, weil sie nichts gegen die Produzenten und Produktionsstrukturen ausrichten können. Schließlich würden sie zum Beispiel durch „Sollbruchstellen“ immer wieder zu Neukäufen gezwungen. Ein Teilnehmer verlangt ein „Negativsiegel“ einzuführen, das auf schlechte Produkte hinweist. Andere Teilnehmer stimmten dem zu, hielten jedoch den Einfluss der Produzenten für zu groß, um solche Maßnahmen umzusetzen. Ein Teilnehmer hielt es hingegen für eine Pflicht der Konsumenten, die Kennzeichnungen auf den Waren zu lesen, was andere wiederum als unpraktisch erachteten. Eine Teilnehmerin erzählte, auf Druck ihrer Söhne auf Fairtrade zu achten, denn sie würden nur noch Geschenke aus einer solchen Produktion annehmen. Eine andere Teilnehmerin kritisierte, dass auch Fairtrade-Kleidung bisweilen weit transportiert werden muss und damit einen „Haken hat“, auch wenn, wie ein Teilnehmer erläutert, Schiffstransporte bei weiten Strecken effizient sein können.

Auch in der Gruppe aus der **westdeutschen Kleinstadt** war Kleidung ein Thema. Direkt vom Interviewer darauf angesprochen, erzählte eine Teilnehmerin, dass sie sich zwar Gedanken über die Herkunft von Kleidung macht, aber vor allem günstige Kleidung kauft. Sie vermeide zwar ganz billige Kleidermärkte, hält Kinderarbeit aber für kaum vermeidbar, da auch teure Kleidung aus den einschlägig bekannten Herkunftsländern stamme. Fair gehandelte Kleidung findet sie nicht attraktiv. Ein Teilnehmer bemerkte auch bei diesem Thema, dass einige Kleidungsäden Umwelt- oder Nachhaltigkeitsaspekte vor allem aus Marketinggründen betonen. Er gehe beim Kleiderkauf nach seinem Geschmack, dem Bio- oder Fairtrade-Kleidung eher nicht entspricht. Auch beim Kauf von Elektronik kann man kaum Produkte vermeiden, die unter ‚skandalträchtigen‘ und fragwürdigen Bedingungen hergestellt werden. Insbesondere Marken, die ein eher ökologisches Publikum ansprechen, wie etwa Apple, sind besonders skeptisch zu begegnen. Es wurde erwähnt, dass Verbraucher kaum eine Möglichkeit haben, den mannigfaltigen Skandalen etwas entgegenzusetzen, man fühle sich von der Industrie „manipuliert“. Ein Teilnehmer sah als einzige Möglichkeit den Konsumverzicht oder die Nutzung alter Geräte.

Die Teilnehmenden in der **westdeutschen Großstadtgruppe** begannen kurz über Kleidung zu diskutieren, beendeten dieses Thema aber schnell wieder, nachdem ein Teilnehmer hierzu klarstellte, dass es viele Anbieter ökologischer und fairer Kleidung mit guten Preise gibt. Andere stimmten ihm zu. Bei Computern und Kommunikationstechnik sei es jedoch schwieriger. Zwar gebe es auch fair hergestellte IT-Produkte, aber es käme vielmehr darauf an, gebrauchte Geräte zu kaufen und auch Konsumverzicht zu betreiben. Dieser Aussage stimmte die Gruppe wiederum zu. Konsumverzicht sei jedoch nicht umzusetzen, da die Industrie durch Werbung vor allem junge Menschen zum Kauf unnötiger Dinge, wie zum Beispiel ständig neuer Mobiltelefone, animiert. Die Wirtschaft beeinflusse vielmehr als die hierbei unterlegene Politik die Art des Umweltbezuges der Menschen. In der Diskussion wurde aber klar gestellt, dass nicht nur die Industrie Verantwortung habe, sondern auch die Konsumenten, wenn sie sich von neuen Geräten einen Prestigegewinn versprechen. Das Mobiltelefon sei für die meisten das „neue

Statussymbol“. Einig waren sich die Teilnehmenden, dass die Politik nicht das Konsumverhalten und damit einen Verzicht regulieren kann, sondern vielmehr das Angebot an bestimmten umwelt- und sozialverträglichen Produkten und Produktionsbedingungen unterbinden sollte. Die Macht der Konsumenten beurteilten die Teilnehmenden eher skeptisch, wie am Beispiel eines vorprogrammierten Verschleißes von Elektrogeräten diskutiert wurde. So gehe es weniger um einen totalen Konsumverzicht als vielmehr um eine längerfristige Nutzungsdauer von Elektrogeräten. Abgelehnt wurde in diesem Zusammenhang die Behauptung, dass mit derartigen Produktstrategien eine Minimierung des Wohlstands verbunden sei. Der hierbei konstruierte Widerspruch zwischen sozialen und Umweltbelangen werde von der Industrie bemüht, um den Konsum am Laufen zu halten.

Die Teilnehmenden in der **ostdeutschen Großstadt** waren sich einig, dass durch Skandale Prozesse der Produktherstellung transparenter werden und auch zusätzliche Kriterien zur Beurteilung von Produkten, zum Beispiel soziale Aspekte der Herstellung, bekannt werden. Gleichwohl wurde in wiederholten Skandalen eine Gefahr erkannt, nämlich die Abstumpfung und nachlassende Sensibilität ihnen gegenüber. Eine Teilnehmerin war der Meinung, dass das Thema Ökologie in den Medien gerade sehr präsent sei und deshalb Skandale derzeit in diesem Bereich eine große Rolle spielen. Skandale haben eine thematische Konjunktur, und Umweltskandale können durch andere thematisch relevante Skandale in den Hintergrund gedrängt werden. Deshalb sollte eine Sensibilisierung für die Umweltthematik nicht von Skandalen abhängig sein. Es käme vielmehr darauf an, dauerhaft seriöse Verbraucherinformationen zum eigenen „ökologischen Fußabdruck“ zu kommunizieren. Sein Verbraucherverhalten in Folge von Skandalen zu verändern, sei gerade im Elektronikbereich nicht so einfach, weil zum Beispiel beim Smartphone Informationen zur Herkunft und Zusammensetzung von Bauteilen kaum nachvollziehbar und -prüfbar seien. Konsumenten hätten kaum Kapazitäten, um auch hierauf zu achten und ihr Verhalten zu ändern, argumentierte ein Teilnehmer. Hierauf erwiderte eine andere Person, dass es als einfache Regel darauf ankomme, wie häufig man etwas kauft und ob es reparaturfähig sei.

**Zusammenfassend** lässt sich zu dieser These festhalten, dass Skandale ein Potenzial zur Sensibilisierung der Verbraucher haben. Durch Skandale kommen zusätzliche Kriterien zur Beurteilung von Produkten in die Diskussion. Immerwährende Skandale können aber auch zur Abstumpfung und nachlassenden Sensibilität führen. Die Macht der Konsumenten, auf die Produktion Einfluss zu nehmen, schätzen die Diskutanten überwiegend skeptisch ein. Sie sehen kaum Möglichkeiten, die Produktionsbedingungen durch ihr Kaufverhalten zu ändern. Einige wenige erkennen Chancen darin, langlebige, reparaturfähige oder auch gebrauchte Produkte zu bevorzugen sowie Konsumverzicht zu betreiben. Von der Politik erhoffen sich die Diskutanten eine stärkere Regulierung in diesem Bereich sowie gezielte und seriöse Verbraucherinformationen.

## **Haushaltsführung: Ökostrom und CO<sub>2</sub>-Kompensation – Komplexitäten und Unklarheiten**

These: Im eigenen Haushalt hat Strom- und Wassersparen für viele Menschen eine hohe Bedeutung. Immer wichtiger wird es für viele aber auch, auf Ökostrom umzusteigen und sein Geld ökologisch anzulegen. Manche zahlen auch zusätzliche Gebühren als Kompensation für die Klimagase, die durch ihr Verhalten ausgestoßen werden, etwa bei Flugreisen.

In der **ostdeutschen Kleinstadt** diskutierten zu dieser These vor allem zwei Teilnehmer die Vor- und Nachteile von Atom- versus Ökostrom. Dabei standen eine Befürwortung von vergleichsweise günstigem Atomstrom aus „gut gewarteten“ Anlagen und die Kritik der Strompreisentwicklung durch die Subvention erneuerbarer Energien einer Kritik an Atomstrom und der Relativierung des Einflusses erneuerbarer Energien auf Preissteigerungen gegenüber. Beide Teilnehmer hatten einen Anbieter, der Strom aus erneuerbaren Energien gewinnt. Der Atomstrombefürworter nannte dies jedoch nur als Nebeneffekt, der Atomstromgegner hatte aus Gründen der Gewissensberuhigung gewechselt. Von anderen Teilnehmern und Teilnehmerinnen wird infrage gestellt, ob die Angaben der Anbieter zum Ökostrom wirklich stimmen. Es folgte ein Austausch mit dem Grundtenor, dass man den Angeboten letztlich nicht trauen kann. Eine Teilnehmerin bevorzugte Maßnahmen, bei denen man selbst die Kontrolle hat, zum Beispiel auf „Luxusgeräte“ wie Trockner oder elektrische Zitronenpresse zu verzichten. Die andere Teilnehmerin meinte, sie hätte gerne Ökostrom, habe aber wegen des Aufwands bisher nicht gewechselt. Andere Teilnehmer könnten sich solche Investitionen, zum Beispiel im Eigenheim als Gedankenspiel vorstellen. Auf die Frage der Moderatorin, ob jemand CO<sub>2</sub>-Kompensationen kenne, konnte sich nur eine Teilnehmerin erinnern, bei einem Flug Ausgleichszahlungen über das Ankreuzen eines Kästchens geleistet zu haben. Ansonsten waren solche Möglichkeiten niemandem bekannt. Am Ende wurde kurz diskutiert, ob es billiger sei, Pauschalreisen mit dem Flieger zu machen oder an die Ostsee zu fahren.

In der Diskussion der **westdeutschen Kleinstadt** zu dieser These ging es vor allem um das Thema CO<sub>2</sub>-Kompensationen. Insgesamt herrsche ein „Unwissen“ zu diesem Thema. Diese Feststellung führte bei einigen Teilnehmern dazu, die Sinnhaftigkeit von Kompensationen in Frage zu stellen. Andere, die sich am Kriterium Klimaneutralität auch schon beim Kauf orientierten, etwa bei der Wahl eines klimaneutralen Gasanbieters, meinten, dass sie eigentlich nicht genau wissen, welchen Effekt ihr Handeln wirklich habe. Die Teilnehmer bezweifelten, ob man Labels für Klimaneutralität überhaupt trauen kann und die entsprechenden Anbieter geprüft werden. Dem Einwurf des Interviewers, es gebe Kontrollinstanzen für CO<sub>2</sub>-Zertifikate, wurde von Teilnehmer-Seite widersprochen und mit dem Zustand des internationalen Zertifikatshandels erklärt. Das Thema Öko-Investitionen erschien einem Teilnehmer als zu riskante Geldanlage, andere äußerten sich nicht dazu. Einige der Teilnehmer gaben an, Ökostrom zu

beziehen. In diesem Zusammenhang hatten sie sich auch mit der Produktion des Stroms beschäftigt und tauschten ihr Wissen dazu aus. Insbesondere ein Teilnehmer vermutete, dass mit vermeintlich nachhaltigeren Produkten und den entsprechenden Labels vor allem eine bestimmte Kunden-Gruppe angesprochen werden soll, die Nachhaltigkeit dabei aber eher Teil des Marketing sei. CO<sub>2</sub>-Neutralität oder Ökostrom sind demnach eher Werbeargumente als tatsächliche Produkteigenschaften.

Die Diskussion in der **westdeutschen Großstadt**gruppe begann zu dieser These mit dem Thema Kompensationszahlungen. Deren Sinn wurde von einigen vor allem in der Beruhigung des Gewissens gesehen, auch wenn einige Teilnehmende gar nicht wissen wollten, was mit dem Geld passiert. Andere wollten das jedoch erfahren, um Gründe für die Zahlung zu haben. Einig waren sich die Teilnehmenden, dass es sich hierbei um einen freiwilligen Beitrag, eine Spende für den Umweltschutz handelt. Als problematisch wurde jedoch erachtet, dass trotz Spende damit nicht auf das Fliegen verzichtet wird. Damit habe diese Umweltschutzmaßnahme eher kontrainduktive Folgen.

Die Hälfte der Gruppenteilnehmer gab an, Ökostrom zu beziehen. Einer der Teilnehmer meinte, der Kauf des teureren Ökostroms sei eine Überzeugungstat. Jedoch kann er seine Arbeitskollegen vom Sinn dieser Entscheidung nicht überzeugen, denn: „in der Gesellschaft fehlt irgendwie die Akzeptanz von dem Ganzen“. Schwer verständlich sei auch die Tatsache, dass man unter Umständen Atomstrom geliefert bekommt, obwohl man Ökostrom kauft. Dass es dabei lediglich um die Einspeisemengen geht, verstehen die meisten nicht. Wie die zwei studierenden Gruppenteilnehmer schilderten, ist es für sie normal, Ökostrom zu beziehen, so wie das alle in ihrem Bekanntenkreis machen. Ihr Motiv für Ökostrom ist es, unabhängig von den großen deutschen Stromanbietern zu sein. Ihrer Meinung nach wurde das Image des Ökostroms aber durch die Diskussion um die EEG-Umlage und Preissteigerungen beschädigt. Mit der EEG-Umlage werden die tatsächlichen Kosten des Atomausstiegs verschwiegen und dem Ökostrom angelastet. Als interessante Konkurrenz für deutsche Stromanbieter bewerteten die Teilnehmer bürgerschaftliche Energieprojekte, wenngleich die Chancen für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz skeptisch beurteilt wurden. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen ließen nach Meinung der Mehrzahl der Teilnehmenden umweltrelevante Praktiken nur zu, wenn sie sich finanziell auch auszahlen. Hierauf entgegnete eine Teilnehmerin jedoch, dass ihrer Meinung nach Anerkennung höher bewertet wird als wirtschaftlicher Erfolg. Sie zeigte sich davon überzeugt, dass umweltrelevante Praktiken zu wenig in der Öffentlichkeit verhandelt und anerkannt werden. Dies sei ein von den Medien zu erbringender Beitrag.

Ökostrom war das erste Thema zu dieser These in der **ostdeutschen Großstadt**gruppe. Zwei Teilnehmende debattierten darüber, ob der Bezug von Ökostrom eine alltagsrelevante Option für Privathaushalte sei. Einer von ihnen lehnte dies ab und verwies auf die Bedeutung politischer Beschlüsse, wie der Ausstieg aus der Atomenergie. Der andere Teilnehmer war hingegen davon überzeugt, dass auch die

Entscheidung jedes Einzelnen für Ökostrom wichtig ist, weil damit der Ausbau erneuerbarer Energien gefördert wird. Er räumte aber ein, dass diese Entscheidung für ihn auch nicht leicht war, da der Strommarkt insgesamt undurchsichtig sei. Deshalb musste er sich auch erst lange Zeit mit dem Thema beschäftigen, bis er die Relevanz und Folgen des eigenen Handelns einschätzen konnte. Gezielte Kampagnen erachtete er deshalb als besonders wichtig. Zum Thema Kompensationszahlungen gab eine oft fliegende Teilnehmerin an, dass sie bereits Kompensationszahlungen getätigt habe. Das tat sie, um ihr Gewissen zu beruhigen. Sie war sich unsicher, „ob das was bringt“. Andere hatten bereits darüber nachgedacht, sich dann doch anders entschieden. Stattdessen wollten sie lieber Geld für andere Dinge spenden, weil der Flugverkehr insgesamt ein „systemisches Problem“ sei, was nicht durch Kompensationszahlungen zu lösen ist. Diese Einschätzung fand Akzeptanz in der Gruppe.

**Zusammenfassend** lässt sich zu dieser These festhalten, dass Ökostrom von einigen der Diskutanten bereits bezogen wird und Kompensationszahlungen von wenigen geleistet werden. Beiden Praktiken ist gemeinsam, dass das Motiv der Gewissensberuhigung eine zentrale Rolle spielt. Auffällig ist ebenso, dass beide umweltrelevante Angebote für die Diskutanten mit Unwissen verbunden sind. So konnten von ihnen häufig nicht die Relevanz und Folgen dieses umweltrelevanten Verhaltens eingeschätzt werden, da der Strommarkt oder das System der Kompensationsleistungen zu komplex, undurchsichtig und schwer verständlich scheinen. Das Unwissen und die Intransparenz nähren Zweifel und stärken das Misstrauen der Skeptiker. Als motivierend wurden gezielte Kampagnen für eine breite Anerkennung derjenigen genannt, die sich für Ökostrom oder Kompensationszahlungen entscheiden.

### ***Rio-Konferenz: Ereignis am Rand***

These: Konferenzen wie im letzten Jahr der Umweltgipfel in Rio werden nur von einer Minderheit der Menschen wahrgenommen und als wenig folgenreich für internationale politische Regelungen drängender globaler Probleme gesehen.
---

Einige Teilnehmende in der **ostdeutschen Kleinstadt** erinnerten sich beim Stichwort Umweltgipfel, dass „USA und China immer dagegen sind“. Es wurde von den meisten angezweifelt, dass man sich mit solchen Veranstaltungen gegen die Industrie und ihren Einfluss sowie die „größten Verschmutzer“ durchsetzen könnte. Es herrschte Einigkeit darüber, dass Wirtschaft und Wachstum in vielen Ländern über anderen Interessen stehen. Verständnis wurde aber für Länder geäußert, die „aus der Not heraus“ die Umwelt verschmutzen, zum Beispiel um Armut zu bekämpfen. Es wurde erwähnt, dass man eher bei sich selbst „im Kleinen“ anfangen sollte, statt auf Regierungen zu setzen. Hoffnung sollte man darum auf die Kinder setzen, denen ein sorgsamer Umgang mit der Umwelt „eingepflanzt“ werden kann, die in der Schule – zumindest in Deutschland – Umweltschutz lernen und dann ihre Eltern erziehen. Eine Teilnehmerin war in der lokalen Agenda engagiert, die es in der ostdeutschen Kleinstadt noch

gibt. Sie hielt den ersten Gipfel für sehr relevant, die zweite Konferenz habe die lokale Arbeit hingegen nicht tangiert. Die Nachfrage, ob die Teilnehmenden über die Medien etwas von der Konferenz mitbekommen haben, wurde von allen verneint.

Die Teilnehmenden in der Gruppe der **westdeutschen Kleinstadt** waren sich einig, dass Konferenzen wie der Umweltgipfel in Rio kaum Effekte haben und sich auch nicht auf den Alltag auswirken. Es wurde betont, dass es internationale Regeln geben muss, diese sollten aber auf einer anderen Ebene oder im Rahmen eines anderen Formats beschlossen werden. Nur einer der Teilnehmer hatte die Konferenz in der Zeitung verfolgt, erinnerte sich aber vor allem, dass es keine Beschlüsse gab. Seiner Ansicht nach war durch die erste Konferenz 1992 das Thema ‚Umwelt‘ erstmals ins Bewusstsein getreten, was einen „Aufbruch“ nach sich gezogen habe. Spuren von Prozessen der lokalen Agenda fanden einige Teilnehmer auch noch in der westdeutschen Kleinstadt, wie zum Beispiel eine Fahrradreparaturwerkstatt.

Die meisten Gruppenteilnehmer in der **westdeutschen Großstadt** hatten kaum etwas von der Umweltkonferenz in Rio de Janeiro 2012 erfahren. Zwei Teilnehmende informierten sich in der Zeitung über das Ereignis. Zwei weitere wussten davon nichts. Generell herrschte ein geringeres Interesse an der Konferenz und Einigkeit darüber, dass derartige Großereignisse kaum etwas bewirken. Gleichwohl wurde aber die Notwendigkeit eines „globalen Plans für ein globales Problem“ erkannt. Eine wesentliche Prämisse sollte hierbei sein, dass der Westen nicht so weiter machen kann wie bisher und den Ländern des Südens Verzicht vorschreibt. Vielmehr wurde eine Lösung darin gesehen, gemeinsam Suffizienz einzuüben, indem hierfür gute Beispiele vorgelebt werden. Ob Deutschland hierfür eine Vorbildrolle spielt, wie das so häufig von der Politik betont wird, bezweifelten einige Teilnehmende. Die Politik hinkte hier eher der globalen Entwicklung hinterher. Die Nachfrage des Moderators nach dem Sinn von globalen Umweltkonferenzen wurde gar nicht mehr aufgenommen. Stattdessen plädierte eine Teilnehmerin für staatliche Vorschriften und eine breite Initiative von Bürgern. Diese Ansicht war getragen vom Glauben an die Überzeugungskraft vernünftiger Lösungen. Nur so könnten sie erfolgreich sein und als Vorbild wirken. Die sich anschließende Diskussion um die Umweltplakette für Autos machte deutlich, dass nur begrenzte Effekte von solchen staatlichen Maßnahmen ausgehen.

Auch in der **ostdeutschen Großstadt**gruppe waren die Teilnehmenden hinsichtlich der Sinnhaftigkeit und Wirkungen des Umweltgipfels eher skeptisch. Solche Konferenzen seien eher für „Eliten“ und zur „Gewissensberuhigung“ gedacht; „normale“ Bürgerinnen und Bürger sprechen sie nicht an. Kritisch wurde auch angemerkt, dass solche Konferenzen selbst ökologisch nicht nachhaltig seien. Damit wurde der Sinn solcher Weltkonferenzen grundsätzlich in Frage gestellt und dezentrale Konferenzen als Alternative diskutiert. Die Teilnehmenden waren sich darin einig, dass in der internationalen Zusammenarbeit vielmehr Synergien zwischen den Akteuren geschaffen werden sollten, die die unterschiedlichen

Stärken der verschiedenen Nationen berücksichtigen, als gegeneinander zu arbeiten. In der ostdeutschen Großstadtgruppe wurde auch die Medienberichterstattung zum Umweltgipfel diskutiert. Das Rio-Ereignis und seine Wirkungen seien von den Medien nicht ausreichend aufbereitet worden, die Informationen seien wenig konkret und themenspezifisch gewesen, Bezüge zur lokalen Situation fehlten.

**Zusammenfassung:** Zu dieser These lässt sich eine relativ starke Übereinstimmung der Positionen in den vier Gruppen feststellen. Der Umweltgipfel in Rio wurde nur von einigen der Diskutanten wahrgenommen. Weitgehend Konsens herrschte dahingehend, dass Konferenzen wie der Umweltgipfel wenig folgenreich für internationale politische Regelungen drängender globaler Probleme zu sein scheinen. Ebenso herrschte die Meinung vor, dass sich derartige Konferenzen nicht auf den Alltag auswirken und auch nicht den „normalen“ Bürger ansprechen. Gleichwohl wurde die Notwendigkeit globaler Lösungen für globale Probleme erkannt, die jedoch auf anderen Ebenen und im Rahmen anderer Formate beschlossen werden sollten. In der internationalen Zusammenarbeit sollten Synergien geschaffen und unterschiedliche nationalstaatliche Stärken berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang wurde auch für lokale Initiativen von Bürgern (z. B. Agenda-Prozesse) plädiert.

### ***Positive Ansprache durch die Politik***

These: Eine Mehrheit der Befragten ist der Meinung, dass die Bundesregierung mehr für den Umweltschutz tun soll. Wichtiger ist es jedoch, dass sie sich um die Sicherung von Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit kümmert. Dazu gehören auch die Schaffung von Arbeitsplätzen und der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Eine Teilnehmerin in der Gruppe der **ostdeutschen Kleinstadt** hielt soziale Gerechtigkeit für das „A und O“ des gesellschaftlichen Zusammenhalts, bemerkte aber „wie die Schere immer weiter auseinander geht“ und sah die Zukunft eher pessimistisch. Sie diskutierte die Bedeutung sozialer Gerechtigkeit mit einem anderen Teilnehmer, der darunter vor allem die Schaffung von „mehr Arbeitsplätzen“ verstand. Der Aussage der Teilnehmerin, dass Menschen ein Auskommen haben müssen und man sich um sie kümmern muss, hielt er entgegen, dass diese dafür etwas tun sollen, man dürfe nicht nur „überall mehr Geld reinstecken“. Es wurde diskutiert, wie Menschen zu Tätigkeiten, wie gemeinnütziger Arbeit als Gegenleistung für staatliche Hilfe motiviert oder im Zweifelsfall auch gezwungen werden können. Für wichtig hielt eine Teilnehmerin außerdem Investitionen in die Bildung, die zu wenig getätigt werden. Ein Teilnehmer bemerkte, dass die Ziele im wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Bereich mehr miteinander harmonieren müssten und fand es absurd, dass auch im Gesundheitswesen Wirtschaftlichkeit als Prinzip gilt. Die Moderatorin fragte daraufhin, ob das Prinzip der Nachhaltigkeit bekannt wäre. Eine Teilnehmerin erzählte, dass der Begriff in ihrer ostdeutschen Kleinstadt geprägt worden wäre und ihn deswegen die Fachhochschule im Namen trüge. Ihr sei der Begriff gut bekannt, die-

ser wäre aber mittlerweile schon ein Modewort. Den anderen Teilnehmenden war der Begriff nicht oder nur vage bekannt. So wurde er mit dem Bau der Bundestagskuppel in Verbindung gebracht, die wegen des natürlichen Lichteinfalls ökologisch nachhaltig sei, was aber wegen den häufigen nächtlichen Sitzungen wenig Sinn mache. Eine Teilnehmerin habe den Begriff schon von Politikern gehört, die damit Ziele in der ferneren Zukunft meinten.

Ein Teilnehmer in der **westdeutschen Kleinstadt** bemerkte, dass die Regierung nicht bis ins Private hinein dirigieren soll, gleichwohl soll es Vorschriften geben. Ein anderer Teilnehmer äußerte, kein Vertrauen in die Regierung zu haben, weil sie von Lobbyinteressen bestimmt sei, weswegen sie effektive Maßnahmen vermeide. Ein weiterer Teilnehmer nannte ein Pfand auf Einwegverpackungen als Beispiel für eine einfache, aber effektive politische Maßnahme, die aber nicht umgesetzt wurde. Die Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Atomausstieg hätten ihn aber in Erstaunen versetzt und gezeigt, dass die Regierung doch handlungsfähig ist.

Die Ökologie galt einigen der Teilnehmenden in der **westdeutschen Großstadt** als existenzielle Grundlage von Gesellschaft und Wirtschaft, weshalb diese den Vorrang haben sollte. Das heißt nicht, die Grundbedürfnisse der Menschen zu missachten. Die Berücksichtigung ökologischer Belange lohnt sich auch aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive, davon zeigte sich einer der Teilnehmer überzeugt. So sei eine veraltete Technologie, wie Atomkraft, langfristig sehr viel teurer als Ökostrom. Die grüne Energietechnik galt ihm als „Arbeitsmotor“. Gleichwohl sollte sie zuerst im Inland angewandt werden, bevor sie ins Ausland exportiert wird. Hierin stimmte ihm eine andere Teilnehmerin zu, die meinte, dass Deutschland die Ökotechnik vor allem aus wirtschaftlichem Kalkül für den Export herstellt. Dabei sollte Deutschland ökologisch modernisiert und dabei vor allem die Kosten gerecht verteilt werden, vor allem bei der Stilllegung von Atomkraftwerken. Ökologie und Soziales stellen per se keinen Widerspruch dar, darin schienen sich die Teilnehmenden weitestgehend einig. Jedoch wird dieser Zusammenhang von der Politik und den Medien immer als Widerspruch dargestellt. Wichtig hierbei war den Teilnehmenden auf eine Angemessenheit im Konsum hinzuweisen. Ein Überkonsum ist nicht gleichbedeutend mit einer guten, funktionierenden Wirtschaft. Die Beurteilung eines angemessenen Konsums sollte sich zunächst einmal an der Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse orientieren. Konsumbedürfnisse, die darüber hinausgehen, sollten staatlich geregelt werden. Doch sollte hier, wie mehrere Teilnehmende anregten, auf Anreize sowie Belohnungen als Vorteile und nicht auf Verbote gesetzt werden. Regeln sollten nicht die Bürger beschränken, sondern deren Bewusstsein für Umweltprobleme unterstützen. Zum Abschluss dieser Diskussionsrunde setzte eine Teilnehmerin dann überraschend auf die Marktmechanismen, denen sie eine wirkungsvollere Regulierung unterstellte als der Politik: „Ich glaube an die Wirtschaft, nicht an [die Umweltpolitik]“.

Die Teilnehmenden der **ostdeutschen Großstadt**gruppe vermuteten, dass Ökologie, soziale Belange und wirtschaftliche Entwicklung häufig als schwer miteinander vereinbar empfunden werden. Es bestünde auch die Angst, dass Umweltschutz Kosten verursacht und die Mittel dann an anderer Stelle fehlen. Ein Teilnehmer brachte hierzu in die Diskussion ein, dass für eine Integration der unterschiedlichen Entwicklungsperspektiven die Bundesregierung Nachhaltigkeitsziele formuliert habe, die er für die Kommunikation als „Chance“ erachtet. Hierin stimmte ihm eine andere Teilnehmerin zu. Die Bemühungen der Bundesregierung seien aber zu wenig transparent und werden daher von der „Masse“ zu wenig zur Kenntnis genommen. Die Diskussion zu diesem Thema beschränkte sich auf nur wenige Teilnehmende. Ein anderer Teilnehmer wunderte sich vielmehr, dass den anderen so viel hierzu einfällt. Ihn beunruhigte, dass so viele junge Menschen ohne Arbeit sind. Die Bundesregierung sollte sich darum kümmern, dass junge Menschen in Deutschland eine berufliche Perspektive haben.

**Zusammenfassend** lässt sich zu dieser These feststellen, dass in den Gruppendiskussionen das Verhältnis von Ökologie und Umweltschutz gegenüber dem Sozialen unterschiedlich bestimmt wurde. So erfuhr gerade in der ostdeutschen Kleinstadt die soziale Gerechtigkeit Priorität, worunter vor allem die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen verstanden wurde. In der westdeutschen Großstadtgruppe wurde der Ökologie als existenzielle Grundlage von Gesellschaft der Vorrang eingeräumt, was jedoch nicht per se Konflikte mit sozialen Belangen schaffe. Hier wurde vielmehr argumentiert, dass ökologische und soziale Belange vereinbar sind und die grünen Märkte Arbeitsplätze schaffen. In der ostdeutschen Großstadtgruppe wurde diese Ansicht weniger geteilt. Hier gingen die Diskutanten vielmehr davon aus, dass Ökologie und Soziales schwer miteinander vermittelbar sind, weil Umweltschutz Kosten verursacht. Eine Chance der kommunikativen Vermittelbarkeit wurde im Leitbild nachhaltiger Entwicklung erkannt.

### ***Wohnen: Rand oder Zentrum – Wohngemeinschaften in der Jugend und im Alter***

These: Das Wohnen am Stadtrand im Einfamilienhaus stellt für die Mehrheit der Menschen in Deutschland ein wichtiges Lebensziel dar, wenngleich erkannt wird, dass hierdurch eine Zunahme des Verkehrs verursacht wird.

Zu dieser These wurden in der **ostdeutschen Kleinstadt** nur kurze Statements abgegeben. Eine Teilnehmerin meinte, sie gönne jedem „seine Scholle“, aber stimmte mit anderen Teilnehmenden überein, dass eine weitere Ausbreitung von Städten durch größer werdende Einfamilienhaus-Siedlungen nicht zukunftsfähig sei, wohingegen gemeinschaftliches Wohnen sinnvoll wäre. Ein Teilnehmer hielt es für ein Paradox, dass viele ruhig wohnen, aber trotzdem „nahe am Leben sein“ wollen, was ein Auto nötig mache.

Die Teilnehmenden in der **westdeutschen Kleinstadt** waren sich einig, dass der Autoverkehr eher auf den Ausfallstraßen zunimmt als in den Randgebieten selbst. Es wurde über den städtischen Verkehr und die damit verbundene Lärmbelastung gesprochen, der in der Wahrnehmung einiger Teilnehmenden zugenommen habe. Gleichzeitig wurde eine zentrale Wohnlage als günstig angesehen, ein Umzug in Randgebiete wegen des städtischen Lärms komme daher nicht in Frage. In diesem Zusammenhang sprach einer der Teilnehmer die Luftverschmutzung an und fragte sich, ob diese sich verringert hat oder nur die Diskussion darüber nachließ. Einigen Teilnehmenden zufolge habe die spürbare Luftbelastung abgenommen, wobei angemerkt wurde, dass Belastungen durch Stickoxide und hohe Ozonwerte möglicherweise gar nicht spürbar wären.

Die Teilnehmenden der **westdeutschen Großstadtgruppe** berichteten, dass sie sich mehrheitlich von Verkehrs- und anderen städtischen Lärm belästigt fühlen. Sie suchten die Ruhe entweder in dörflichen Vororten oder in autofreien Wohngebieten innerhalb der Großstadt. Ein Teilnehmer schilderte, dass er deshalb zum täglichen Pendeln in den Vorort auch lange Wege mit dem ÖPNV in Kauf nimmt und konsequent auf das Auto verzichtet. Aber auch für eine andere Teilnehmerin, die im autofreien Wohngebiet der Großstadt wohnt, ist Idylle mit der Vermeidung von Verkehr verbunden. Die Idylle am Stadtrand sei aber mehr als nur Ruhe, nämlich auch dörflicher oder klein-räumlicher Überblick, Vertrautheit, etwas was die Stadt nur bedingt bieten könne. Bezugnehmend auf die These eines zunehmenden Verkehrs, der mit dem Wohnen am Stadtrand verbunden ist, diskutierten die Teilnehmenden Möglichkeiten der Verkehrsreduzierung, wie Mitfahrgelegenheiten. Bislang würde diese Art der Mobilität nur wenige Menschen erreichen, weil Mitfahrgelegenheiten nicht öffentlich organisiert werden. Dem widersprach eine Teilnehmerin, die darauf hinwies, dass besondere Parkplätze eingerichtet wurden, an denen sich die Mitfahrer außerhalb der Stadt treffen können. Wie Mitfahrgelegenheiten organisiert werden könnten, damit sie Akzeptanz finden, wurde anschließend diskutiert.

Unter den Teilnehmenden in der **ostdeutschen Großstadt** gab es zu dieser These kaum Diskussionsbedarf. Sie waren sich darin einig, dass Autos – das heißt nicht nur eins, sondern auch mehrere je Familie – zum Leben am Stadtrand dazu gehören. Das wurde als Normalität akzeptiert und stellte auch keinen Widerspruch zur Idylle am Stadtrand dar. Die hiermit verbundenen Nachteile, wie parkende Autos, verstopfte Zufahrtsstraßen, werden allerdings von der „Innenstadt [...] an den Rand verlagert“. Als Lösung für diese Probleme schlug ein Teilnehmer vor, dass ein Wohnortwechsel an den Stadtrand auch stärker mit einem Arbeitsplatzwechsel kombiniert werden sollte, um Verkehr zu reduzieren oder nicht zusätzlich zu erzeugen. Die Idee fanden auch andere Teilnehmende plausibel, entgegneten jedoch, dass eine Umsetzung schwierig sei, denn den Arbeitsplatz würde man häufiger wechseln als den Wohnstandort.

**Zusammenfassend** kann zu dieser These festgestellt werden, dass eine Zunahme des Verkehrs und eine Ausweitung der Städte von den Diskutanten beobachtet wird. Sehr wohl nehmen sie auch die hiermit verbundene Lärmbelastung wahr und fühlen sich in ihrem Wohlbefinden beeinträchtigt. Für einige Diskutanten stellt die Stadtrandidylle Normalität und der damit zunehmende Autoverkehr kein Widerspruch dar. Das Wohnen am Stadtrand wird jedoch nicht von allen Diskutanten als ein Lebensziel verfolgt. Zentrale städtische Wohnlagen werden von Einigen bevorzugt, etwa autofreie Wohngebiete, die Ruhe und Idylle bieten. Als zukunftssträchtige Option der Verkehrsreduzierung wurden Mitfahrgelegenheiten diskutiert, die bislang eher wenige Menschen nutzen, und ebenso die Verlagerung des Arbeitsplatzes in die Nähe des Wohnortes.

These: Für einige Menschen ist gemeinschaftliches Wohnen in der Jugend eine Option um Kosten zu sparen und in Gemeinschaft zu leben, im Alter um Vereinsamung und Versorgungsmangel zu entgehen.

Eine Teilnehmerin in der Gruppe der **ostdeutschen Kleinstadt** hielt das Gemeinschaftswohnen im Alter für eine Zukunftsoption. Sie würden vor allem in Anbetracht dessen immer wichtiger, dass die Jugend von heute wegen kurzzeitiger Verträge und hoher Selbständigkeit kaum Rente beziehen werde und dann zählen Beziehungen und soziale Kontakte als Altersvorsorge. Ihrer Meinung nach sollte auch die Politik stärker in soziale Beziehungen investieren. Ein anderer Teilnehmer sah die Rentenzukunft weniger pessimistisch und kann sich keine Alternative zur Rente vorstellen. Eine andere Teilnehmerin hielt Wohngemeinschaften für eine gute Alternative im Alter, vor allem um einer Vereinsamung vorzubeugen, wenn der Partner stirbt und die Kinder ins Ausland gehen.

Von den jüngeren Teilnehmenden in der Gruppe der **westdeutschen Kleinstadt** wurde zu dieser These erläutert, dass gemeinschaftliches Wohnen aufgrund der Kosten, vor allem aber auch aufgrund der Gemeinschaftlichkeit und Vielfalt ihre erste Option ist. Zum Gemeinschaftswohnen im Alter wurde als Vorteil die Vermeidung stark reglementierten Lebens im Altersheim genannt, außerdem das soziale Miteinander mit Gleichaltrigen. Das Mehrgenerationenwohnen wurde wegen der Heterogenität der Altersgruppen positiv bewertet. Allerdings sollte man eher nicht mit den eigenen Nachkommen zusammen wohnen. Die älteren Teilnehmer konnten sich das als Option vorstellen und bemerkten außerdem, dass Alten-WGs im Trend sind.

Die These zum gemeinschaftlichen Wohnen wurde in der **westdeutschen Großstadt**gruppe recht rege diskutiert. Den jüngeren Gruppenteilnehmern ging es nicht nur um eine kostengünstige Wohnform, eine „Zweck-WG“, sondern auch um soziale Belange der Gemeinschaft und das Zusammensein – als Surrogat für die (verlassene) Familie. Selbst mit einer eigenen Familie und mit Kindern könnten sich die Jüngeren die Einbettung in eine Gemeinschaft vorstellen. Doch wäre das wohl außerordentlich schwie-

rig, das Private mit Anderen in Übereinstimmung zu bringen und hierfür gemeinsame Regeln zu finden. Den älteren Gruppenteilnehmern ging es hingegen um das generationsübergreifende Wohnen. Das sollte sich um gemeinsame Interessen herum organisieren. Als Problem erschien aber die intergenerationale Kommunikation, die häufig nur Wunsch aber keine Realität sei. Andere Teilnehmende betonten, dass die Trennung des Privaten und die Organisation des Kollektiven die wesentlichen Probleme seien. Ein anderer Diskutant meinte, er will sich während seines beruflichen Lebens ins Private zurückziehen können, ohne die Zumutungen des Kollektivs, aber im Alter die Gemeinschaft aufsuchen, weil sie dann nicht mehr selbstverständlich sei. Dann möchte er auch nicht „aufs schöne ruhige Land“ ziehen, denn dort könne er seine Lebendigkeit nicht spüren.

Die Idee des gemeinschaftlichen Wohnens schien den Teilnehmenden in der **ostdeutschen Großstadt**-gruppe eher fremd, weshalb sie hierzu wenig diskutierten. Lediglich ein Teilnehmer äußerte sich hierzu und fand die Idee interessant, im Alter gemeinschaftliche Wohnformen zu nutzen. Als weiteren Grund neben der Pflege führte er die Nachhaltigkeit des gemeinschaftlichen Wohnens an. Nachteilig sei, dass es bislang nur wenige Angebote gibt und man sich bereits frühzeitig drum kümmern müsse, aber erst spät die Idee hierfür entwickelt.

**Zusammenfassend** lässt sich zu dieser These festhalten, dass Ältere und Jüngere gemeinschaftliches Wohnen als alternative Wohnform durchaus begrüßten. Vermutet wurde, dass gemeinschaftliches Wohnen im Alter wegen prekärer Haushaltslagen eine große Rolle spielen wird, da die Jugend von heute später weniger Rente beziehen und deshalb soziale Beziehungen zur Altersvorsorge nötig haben wird. Außerdem wurde hierin aber auch eine Chance gesehen, einer Vereinsamung vorzubeugen und einem reglementierten Leben im Altersheim zu entgehen. Präferiert wurden vor allem Mehrgenerationenhäuser wegen der Heterogenität der Altersgruppen. Für die jüngeren Personen erschien gemeinschaftliches Wohnen nicht nur wegen der geringeren Wohnkosten interessant, sondern vor allem wegen der Gemeinschaftlichkeit und der Vielfalt, die das Zusammenleben mit anderen bietet.

### **3 Rezeption von Störungen als Irritation und Chancen zur Veränderung von Alltagspraktiken: Argumentationstypen**

Im Anschluss an die Evaluierung zentraler Thesen aus der Repräsentativbefragung zum Umweltbewusstsein in Deutschland 2012, ging es auch darum, die in der ersten Runde der Gruppendiskussionen gewonnen Argumentationstypen (John 2012) zu prüfen. Diese sollen im ersten Schritt hinsichtlich ihrer Vollständigkeit, Stabilität und thematischen Affinitäten untersucht werden. Dies ist insofern möglich, da die Zusammensetzungen der vier Gruppen überwiegend gleich geblieben sind.

Die innovative Veränderung der Alltagspraktiken hat zur Voraussetzung, dass Störungen als Chancen aufgefasst werden. Dazu gehört, dass diese Störungen explizit benannt werden können. Veränderungen

von Praktiken, die anders als Störungen des Alltags allmählich passieren und nicht als Scheitern erfahren werden, kann keine Innovativität zugerechnet werden. Innovativität als Absicht setzt nämlich Entscheidungen im Umgang mit den Störungen voraus, die den vertrauten Alltag zugunsten einer offenen Zukunft verlassen, die als Raum von Möglichkeiten aufscheinen. Selbst wenn die Entscheidung fällt, alles beim alten zu belassen, sind Konsequenzen dieser Entscheidung zukünftig zu beobachten, die nach Rechtfertigung verlangen (John 2013).

Solche Rechtfertigungen fielen in den Gruppendiskussionen als Darstellungen der eigenen Alltagspraktiken an, die sich gegen die alternativen Alltagspraktiken der anderen behaupten mussten. Die Rechtfertigungen erfolgen dabei in Form von Argumentationen, die zu Typen verdichtet, Strategien der Vermeidung oder Forcierung von Veränderungen darstellen. Den Argumentationen sind verschiedene Aspekte eigen, aus deren Formen und Kombinationen sich die Typen generieren lassen. Motive, die die Praktiken begründen, wurden durch Sozialisation habitualisiert oder reflexiv in Wissensprozessen angeeignet. Die Art der Erfahrung der expliziten Störungen drückt sich in emotionalen oder rationalen Reaktionen aus, wird eher als Fühlen, Können oder Wissen thematisiert. Die Reaktion bringt auch die Selbstwirksamkeit zum Ausdruck, das heißt, wie man die Folgen seiner Entscheidungen und Handlungen selbst erlebt oder wie andere diese beurteilen. Dies äußert sich letztlich als Zuversicht oder Resignation. Die Reichweite der Entscheidungen und Handlungen wird mit der Verantwortung beschrieben, die man individuell zu übernehmen bereit ist, ob sich diese auf den persönlichen Nahbereich oder gesellschaftlichen Fernbereich bezieht. Schließlich ist dafür Vertrauen notwendig, dass aber auch in Misstrauen oder auch Gleichgültigkeit umschlagen kann.

In den Argumentationstypen sind diese Aspekte zum Zweck der Rechtfertigung verdichtet. Sie geben Auskunft über die Art des Umgangs mit Störungen der Alltagspraktiken, ob diese innovativ als Chance zur Veränderung aufgegriffen, ob sie ignoriert werden oder aber anderen die Initiative zugewiesen wird. Von daher liefern die Argumentationsmuster Hinweise für aktivierende und unterstützende Kommunikationsstrategien für eine nachhaltige Bewältigung der Störungen der Alltagspraktiken.

Für die erste Runde der Gruppendiskussion wurden sechs Argumentationstypen bestimmt (John 2012: 95 ff.). Diese lassen sich entlang der Achsen Fatalität-Selbstbezug-Engagement sowie Skepsis-Pragmatik-Idealisierung-Optimierung anordnen, wobei die erste Achse Auskunft über den Aktivitätsgrad gibt und die zweite über die Veränderungsbereitschaft. Danach lässt sich deren Innovativität abschätzen.

### **„Engagierte Optimierung“**

Der Argumentationstyp „Engagierte Optimierung“ bezieht sich auf sozialisierte Motive, die aber durch weitere aktiv erworbene Motive ergänzt oder ersetzt werden. Werden Störungen des Alltags zunächst auch emotional antizipiert, so werden sie anschließend rational aufgearbeitet und in handlungsleitendes

Wissen überführt. Das führt zur Reflexion und Veränderung von Praktiken. Verantwortung wird sowohl im Nah- als auch Fernbereich im Sinne moralischer Pflicht übernommen. Das allgemeine Vertrauen in die gesellschaftlichen Strukturen ist nicht naiv, da dieses immer auch gezielt skeptisch überprüft wird. Dieser Typus weist auf eine offensive innovative Suche nach Veränderungen.

Während der ersten Runde der Gruppendiskussion hatten viele Mitglieder der westdeutschen Kleinstadtgruppe (Maklam1, Maklam2, Maklam4)<sup>1</sup> und der Großstadtgruppe (Fagom1, Fagom3, teilweise Fagowa2) in dieser Weise ihre Alltagspraktiken dargestellt und begründet. Weniger häufig wurde dieser Argumentationstyp von Mitgliedern der ostdeutschen Kleinstadtgruppe (teilweise Eklawa2) beziehungsweise Großstadtgruppe (Begom1, Begowa3) bedient.

Wie schon in der ersten Diskussionsrunde berichtete **Maklam1** engagiert optimierend von seinen nachhaltigen Konsumpraktiken unter pragmatischen Gesichtspunkten. So ist seine Verkehrsmittelwahl strikt an der verfügbaren Zeit, der geplanten Tätigkeit sowie äußeren Umstände orientiert, hinsichtlich Bioprodukten vertraut er dem Anbieter, ohne die Angaben genauer nachzuprüfen und der Einkauf auf dem Wochenmarkt ist eher eine Art Freizeitvergnügen. Umweltmotive sind grundsätzlich vorhanden. Wichtiger aber ist ihm die Orientierung an Suffizienz, vor allem beim Konsum weniger existentiell bedeutsamer Produkte wie IT oder Kleidung. Dabei nimmt er strukturelle Handlungsbarrieren wahr, sodass er auch auf nicht nachhaltig produzierte Produkte zurückgreifen muss, was in seinem Fall für Unzufriedenheit nicht aber Resignation sorgt. Vielmehr ist Maklam1 offen für weitere nachhaltige beziehungsweise innovative Produkte und Praktiken, wie etwa gemeinschaftliches Wohnen oder die Nutzung von Fahrradverleihsystemen. Dabei setzt er eher auf die Entwicklung entsprechender Ermöglichungsstrukturen, sodass seine Optimierung innerhalb der von ihm wahrgenommenen strukturellen Möglichkeiten und Grenzen erfolgt.

**Maklam4** beteiligte sich sehr aktiv an der Diskussion, was ein Hinweis darauf ist, dass Umwelt- und Nachhaltigkeitsmotive bei ihm stark ausgeprägt sind. Er bezeichnete sich mehrmals selbst als öko-affin. Umwelt als Problem spielt für Maklam4 im Alltag eine große Rolle und regt ihn zu Reflektionen an. Den Produkten, die als nachhaltig bezeichnet werden, aber misstraut er. Trotzdem kauft er diese, da er sein Handeln als politisches Statement versteht und diesen Aspekt der Wirksamkeit betonen will. Außerdem bevorzugt er Produkte mit „strengen“ Kontrollzeichen, wobei er sich aber pragmatisch finanzielle Grenzen setzt. Nachhaltige Praktiken, wie der Einkauf von Bioprodukten auf dem Markt oder Radfahren werden von Maklam4 auch mit Genuss und Erholung verbunden, was seine Selbstwirksamkeit positiv erlebbar macht. Bedeuten nachhaltige Praktiken aber Einschränkungen, wie bei beim Einkauf von Kleidung, sind sie weniger relevant. Dem Argumentationstyp „engagierte Optimierung“ ent-

---

<sup>1</sup> Die Anonymisierungen der Teilnehmer verweisen auf die jeweiligen Gruppen. Zu deren soziodemographischer Zusammensetzung siehe John (2012).

sprechend sind Selbstreflexion und Selbstwirksamkeit stark ausgeprägt. Aufkommende Verunsicherung wird durch eine gewisse Idealisierung der Wirksamkeit des eigenen Handelns ausgeglichen, wodurch er auch im Modus „engagierter Idealisierung“ argumentiert.

**Fagom3** berichtete, dass seine Alltagspraktiken an individuellen Lösungen ausgerichtet sind, wobei Flexibilität bei der Mobilität wichtigstes Kriterium ist. Dass die großstädtische Infrastruktur ihm ermöglicht, weitgehend auf das Auto zu verzichten, empfindet er als Luxus. Diese Errungenschaft ist für ihn also keineswegs selbstverständlich, aber wünschenswert. Daran wird eine Spannung zwischen engagiert optimierender und skeptischer Argumentation deutlich, die das Erreichte immer auch im Licht des Prekären darstellt. Diese Spannung zieht sich bei Fagom3 durch alle diskutierten Themenbereiche. Dabei sorgt er für seine Selbstwirksamkeit durch andauernde Wissensaneignung, aus der Systemvertrauen erwächst, die ihn vor einer zu starken Idealisierung bewahrt. Jedoch wünscht er sich breitere Anerkennung für seine nachhaltig ausgerichteten Alltagspraktiken. Für ein entsprechendes Klima aber sorgt die politische Debatte zu wenig, sodass er an seiner Wirksamkeit auch zweifelt und wiederum eher skeptische Töne anschlägt.

Sehr aktiv beteiligte sich wiederum **Begom1** an der zweiten Diskussion seiner Gruppe. Dabei argumentierte er erneut im Modus engagierter Optimierung. Individuell passende Lösungen sollen Flexibilität der Entscheidungen sichern, wofür strukturelle Möglichkeiten gegeben sein müssen. Um diese souverän zu nutzen, ist Wissensaneignung nötig. Statt des unmöglichen Anspruchs auf Selbstkontrolle vertraut er den Kontrollsystemen und Personen. Indem er sich genau über die Aussagekraft von Labels informiert, agiert er nicht naiv. Da für ihn Nachhaltigkeit mehr als Bio ist, ist jene der Maßstab seiner Alltagsroutinen. Dabei nimmt er auch Verantwortung in dem Sinne wahr, dass er darüber in seinem Bekanntenkreis diskutiert. Nicht erst Skandale sollten zur Eigenverantwortung aufrufen. Sie machen ihn auf Aspekte wie Produktionsbedingungen aufmerksam, für die er vermittels seines Konsums Verantwortung übernimmt. Wissensaneignung ist dabei die Voraussetzung für diese Verantwortungsübernahme.

In derselben Diskussionsgruppe argumentierte die jüngere **Begowa3** wie schon in der ersten Runde ebenfalls im Modus engagierter Optimierung. Entscheidungen, die zunächst durch individuelle Praktikabilität getrieben sind, haben ihrer Ansicht nach Effekte für die soziale Gemeinschaft. Sie eignet sich Wissen an, um günstige strukturelle Möglichkeiten zu erkennen, optimal zu nutzen, herzustellen oder einzufordern. Unter Zeitknappheit orientiert sie sich an Labels, über deren Aussagekraft sie sich vorher informiert, bestimmte Waren und Anbieter aber boykottiert sie auch. Vertrauen in die Kontrollsysteme und persönliche Empfehlungen spielen dafür eine Rolle, ohne dass hierbei noch Reflexionen über die gesellschaftlichen Zusammenhänge erfolgen. Ihre Entscheidungen tendieren darum auch zum Argu-

mentationstyp „Engagiert pragmatisch“. Motive für die Selbstinformation entstehen nicht aus Anlass von Skandalen, sondern wegen der Absicht, ihre Alltagspraktiken nachhaltig zu gestalten.

Auch in der zweiten Runde der Gruppendiskussion argumentierte **Eklawa2** sowohl engagiert optimierend als auch skeptisch. Wie zuvor ist sie bewusst an Nachhaltigkeit orientiert, vertritt diese Position in der zweiten Runde aber weniger stark. Stattdessen bezieht sie sich eher auf Regionalität und führt ihre Entscheidungen für Fair-Trade-Produkte auf den Einfluss ihrer Söhne zurück. Sie ist sich jedoch bei der Schilderung ihres engagierten Aufgreifens solcher Veränderungschancen hinsichtlich ihres eigenen Handelns, dessen Relevanz und Wirksamkeit, immer dann unsicher, wenn sie mit Uneindeutigkeiten zu tun hat. In solchen Situationen wirkt sich jedoch ihr stark ausgebildetes Umweltmotiv handlungsleitend aus und verhindert einen Rückzug.

### **„Engagierte Idealisierung“**

Die Motivstruktur ist beim Argumentationstyp „Engagierte Idealisierung“ ähnlich wie bei der „Engagierten Optimierung“ durch eigene Erfahrungen gebrochen und ergänzt. Emotionale Rezeption von Störungen führt auch hier zu Bemühungen um Wissenserwerb. Vertrauen aber bleibt vor allem auf Personen beschränkt. Trotz des rationalen Zugangs zum Problem ist die Lösung von der anfänglichen emotionalen Betroffenheit bestimmt, sodass es zu Abschweifungen und Ausweitungen des Problemfokus kommt.

Auch **Maklam2** nutzte in der zweiten Diskussionsrunde anders als in der ersten idealisierende, aber auch pragmatische Argumentationsmuster als Ausweis seines Engagements. Anhand der Thesen berichtete er erneut von seinen nachhaltig orientierten Alltagspraktiken. Dabei wirkt sein Umweltmotiv weniger klar, weil er sich hinsichtlich seiner Entscheidungen und Praktiken unsicher in der Wirkung ist. Er hofft lediglich, dass sie umwelt- oder nachhaltigkeitsrelevant sind. Bei den meisten Themen gelingt es ihm nicht, seine Unsicherheit durch Wissensaneignung auszugleichen. Um diese aus der Idealisierung resultierende Unsicherheit hinsichtlich der Selbstwirksamkeit auszugleichen, bedient er sich auch des Argumentationstyps einer „engagierten Pragmatik“. So kauft er im Supermarkt ein und beteiligt sich gleichzeitig an der Biokiste seiner Wohngemeinschaft. Dabei schätzt er allgemein die Öffnung hin zu ihm wenig bekannten Sphären durch andere. Hierin findet sich dann auch wieder die Offenheit und Innovativität, die beim Argumentationstyp „engagierte Optimierung“ charakteristisch ist, wenngleich diese eher von sozialen Impulsen ausgeht, was wiederum typisch für den pragmatischen Zugriff ist. Insgesamt sind Maklam2 bei seinem Handeln und seiner Innovativität aber vor allem durch seine geringen finanziellen Möglichkeiten Grenzen gesetzt.

Die Rentnerin **Begowa1** argumentierte engagiert, dabei aber eher emotional und weniger auf Wissen bezogen zu den Thesen. Sie verblieb damit in diesem Modus wie schon während der ersten Diskussi-

onsrunde. Ihr idealisierter Zugang zur Umweltproblematik stößt schnell an Grenzen und verstärkt ihre Skepsis. Sie schildert dabei selbstbezogene praktikable und auch inkonsistente Lösungen, die kaum Verallgemeinerungen zulassen. Mangelnder Transparenz begegnet sie mit Konsumbeschränkung auf Produkte mit strengen Labels sowie dem Boykott von Waren und Marken mit schlechtem Image. Für die grundsätzlich nachhaltige Orientierung ihrer Alltagspraktiken war die Geburt ihres ersten Kindes ausschlaggebend. Ihre Praktiken nimmt sie allerdings als prekär wahr, wenn sie Skandale vor allem bei Lebensmitteln erwartet. Hier weiß sie sich nur mit von den anderen Teilnehmern als esoterisch bewerteten Maßnahmen zu helfen. Damit versucht sie jedoch ihre Selbstwirksamkeit zu bewahren, weshalb sie sich gegen die Einwände der andere Teilnehmer wehrt.

Ein grundsätzliches Bekenntnis zum Schutz der Umwelt begründet die Gestaltung der Alltagspraktiken des jüngeren **Fagom5**. Mit Nachdruck betonte er, dass er den Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen als Bedingung für sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand ansieht. Dafür hat er sich von seinen früheren, stärker auf Erlebnis gerichteten Praktiken zugunsten von nachhaltigeren gelöst. Seine engagierten Optimierungsstrategien basieren damit auf eine Idealisierung, die sich immer wieder in den Argumentationen zeigt. Er nähert sich dem Umweltproblem von einer idealisierenden Perspektive aus, die ihn aber zum Wissenserwerb motiviert und so zu einer engagierten Optimierung seiner Alltagspraktiken. Im Alltag orientiert er sich an Labels mit strengen Auflagen und betont dabei auch die soziale Verantwortung als Konsument. Trotzdem zweifelt er wiederholt an der daraus erwachsenen Selbstwirksamkeit und verlangt im Gegenzug stärkere politische Regulierungen mit strikten Sanktionen und einem Belohnungssystem, sodass sich nachhaltige Alltagspraktiken allgemein durchsetzen können.

In derselben Diskussionsgruppe argumentiert auch **Fagowa2** engagiert idealisierend. Sie betont die Idee einer nachhaltigen Transformation im Nah- wie auch im Fernbereich. Notwendig erscheinen ihr dafür allerdings politische Maßnahmen, die einerseits umweltaverses Verhalten sanktionieren, andererseits umweltaffines Verhalten anerkennen und belohnen. Um solche Regulierungen durchzusetzen, sollten Stimmungen genutzt werden, wie sie vor allem nach Skandalen aufkommen. Sie selbst richtet sich nach solchen Regeln und Möglichkeiten zum umweltaffinen Verhalten und vertraut auf deren Wirkung ohne diese zu prüfen.

### **„Engagierte Pragmatik“**

Der Argumentationstyp „Engagierte Pragmatik“ enthält sich der Idealisierung und konzentriert sich allein auf das Funktionieren der Alltagsroutinen. Doch werden die sozialisierten Motive auch hier durch eigene Erfahrungen verändert. Störungen und Probleme werden in ihrer Komplexität erfahren, ohne dass es zu Fokussierungen kommt. Allerdings ist die Wirksamkeit auf die unmittelbaren Belange einge-

schränkt, die jedoch nicht nur selbstbezogen sind. Ihnen wird eher eine mittlere Reichweite zugeschrieben. Vertrauen und Verantwortung sind entsprechend ausgerichtet.

Überwiegend in dieser Weise argumentiert der jüngere **Fagom1**, wobei er auch immer wieder engagiert optimierend diskutiert. Individuell bestimmte, pragmatische Lösungen findet er für seine Mobilitätspraktiken, wobei es ihm vor allem um Flexibilität und Zeitersparnis geht. Diese Lösungen sind jedoch nicht zu verallgemeinern. Da er gleichzeitig die Notwendigkeit für allgemeinere Lösungen erkennt, plädiert er für Regulierungen, die entsprechend nachhaltiges Verhalten belohnen. Um zu Entscheidungen hinsichtlich komplexer Produktionszusammenhänge zu gelangen, eignet er sich aktiv Wissen an, setzt aber auch auf personales Vertrauen zu bestimmten regionalen Händlern. Außerdem bestimmt er sehr genau seinen Konsumbedarf, doch lässt sich diese Selbstbeschränkung angesichts des auf Anspruchsexpansion setzenden Angebots nur schwer umsetzen. Davon ist auch seine Selbstwirksamkeit betroffen. Insgesamt bevorzugt er Kompromisslösungen, um negative Erfahrungen, wie etwa Rebound-Effekte zu vermeiden. Auf diese Weise kann er seine Selbstwirksamkeit erfahren, ohne nur externen Regeln folgen zu müssen, weshalb er etwa die CO<sub>2</sub>-Kompensation beim Fliegen lieber als Umwelt-Spende begreift.

Die jüngere **Fagowa3** argumentiert einerseits engagiert optimierend, tendiert dabei aber stärker zu pragmatischen Lösungen, die sich jeder Idealisierung enthalten. Die Art der Mobilität ist für sie durch die vorhandene Infrastruktur bestimmt, wobei es auch für sie auf die Flexibilität der individuellen Lösungen ankommt. Ebenso verhält es sich beim Lebensmitteleinkauf. Allgemein bestimmen für sie die grundlegenden Absichten, die man mit mehr oder weniger Wissen begründet, das Verhalten. Doch die Absichten sind ihrer Meinung nach durch eine generationsspezifische Sozialisation bestimmt. Lediglich finanzielle Anreize können bei umweltfernen Einstellungen zu höherem Engagement führen. Darum scheint ihr die Selbstwirksamkeit eher auf den Nahbereich beschränkt. Andererseits schätzt sie ihre Konsumentenmacht eher als stark ein. Statt auf politische Regulierungen zu setzen, hegt sie die Hoffnung, dass Marktbeziehungen zwischen einer neuen Generation souveräner Teilnehmer zu umweltaffinem Verhalten führen.

### **„Engagierte Skepsis“**

Aus der Erfahrungen des Scheiterns mit der Idealisierung und der Ohnmacht gegenüber Optimierungsabsichten folgt der Argumentationstyp „Engagierte Skepsis“ als Reaktion. Wiederum werden auch hier die sozialisierten Motive durch eigene Erfahrungen gebrochen, ergänzt oder ersetzt. Störungen und Probleme werden jedoch in ihrer Komplexität erfahren, ohne dass es zu Fokussierungen kommt. Ohnmachtsgefühle und Resignation sowie eine stark eingeschränkt erfahrene Selbstwirksamkeit sind die Folge, was einen Rückzug ins Private wahrscheinlich macht.

Weniger als noch in der ersten Diskussionsrunde argumentiert der Rentner **Begom3** im Modus engagierter Idealisierung, sondern wesentlich skeptischer, wobei er auch stärkere Tendenzen zum Rückzug ins Private, also zu selbstbezogener Skepsis zeigt. Zwar orientiert er sich an nachhaltigen Lösungen, insbesondere hinsichtlich Mobilität erweisen sich diese jedoch immer mehr als strapaziös. So kann er gut verstehen, dass viele das Auto als Schutz vor den Zumutungen mobiler Öffentlichkeit benutzen. Darum fordert er erleichternde Strukturen, mit denen er die Einschränkung seiner Selbstwirksamkeit überwinden kann. Insgesamt sind seine Alltagspraktiken von Misstrauen gegenüber den Strukturen und Kontrollmechanismen bestimmt. Darum beschränkt er sich zunehmend auf den kontrollierbaren Nahbereich, wie etwa die persönliche Bekanntschaft mit Händlern. Das Bio-Produkt-Angebot ist für ihn zum Beispiel keine ausreichende Alternative. Eher beschränkt er seinen Konsum, indem er am Bewährten festhält und gegebenenfalls etwas repariert. Er hält jedoch an seiner Überzeugung fest, dass Nachhaltigkeit der einzig sinnvolle Rahmen für soziale und wirtschaftliche Belange ist und sich darum Umweltschutz lohnt. Dafür aber veranlasst die Politik in seinen Augen zu wenig konkrete, sondern überwiegend nur symbolische Maßnahmen. Da er sich als Individuum aber in seiner Wirksamkeit oft eingeschränkt erlebt, erwartet er umso mehr, dass der Staat hier Regelungen etabliert.

### **„Selbstbezogene Pragmatik“**

Die sozialisierten Motive werden beim Argumentationstyp „Selbstbezogene Pragmatik“ kaum in Zweifel gezogen. Störungen erscheinen eher als periphere Phänomene, die emotional erfahren und nicht durch Wissenserwerb rational aufgearbeitet werden. Vertrauen ist auf Personen beschränkt und Verantwortung auf den Nahbereich, indem die Selbstwirksamkeit positiv erlebt wird.

Da **Maklawal** als jüngste Teilnehmerin aller Diskussionsgruppen noch bei ihren Eltern wohnt, sind ihre Handlungsmöglichkeiten in vielen Belangen von diesen bestimmt. Jedoch ist sie in ihrem Alltag durchaus an Nachhaltigkeit orientiert, wie ihre Begründung zum Fleischverzicht, ihre Ablehnung gentechnisch veränderter Produkte oder bestimmter Kleiderläden zeigt. Sie versucht Einfluss auf den Familieneinkauf zu nehmen, was ihr jedoch nur begrenzt gelingt. Zu der anstehenden Haushaltsgründung in naher Zukunft hat sie noch keine klaren Vorstellungen, außer der, dass gemeinschaftliches Wohnen finanzielle und soziale Vorteile mit sich bringt. Jedoch ist sie auch nicht bereit, Einschränkungen ihre Lebensqualität hinzunehmen, etwa bei der Wahl ihrer Kleidung. Hinsichtlich alternativer Möglichkeiten des Konsums kennt sie sich wenig aus, nimmt hierbei jedoch allgemein eine eingeschränkte Wirksamkeit wahr. So sieht sie keine Möglichkeit zur Vermeidung der von ihr als allgegenwärtig angenommenen Kinderarbeit bei der Textilproduktion. Lediglich mit einfacher Heuristik wahrt sie die Möglichkeit, bestimmte Anbieter zu boykottieren. Hierbei zeigt sich der Argumentationstyp der selbstbezogenen Pragmatik: Die Entscheidungen bleiben generell eher vage, da wenig Wissen vorhanden ist und auch nicht

systematisch gesammelt wird. Auf Selbstwirksamkeit wird in diesem Zusammenhang wenig Wert gelegt, was aber vor allem auch daran liegen kann, dass der Wirksamkeit Grenzen gesetzt sind. Gegen die Grenzen wird nur wenig aufbegehrt, stattdessen liegt die Konzentration auf solchen Praktiken, die innerhalb der Grenzen möglich sind, wie der Verzicht. Jedoch zeigen der Verzicht auf Fleisch oder die Ablehnung gentechnisch veränderter Produkte Potenziale hin zu einer zukünftig größeren Veränderungsaktivität und -bereitschaft aufgrund eines mehr als nur oberflächlich angeeigneten Umwelt- oder Nachhaltigkeitsmotivs, für das auch eine mögliche Einschränkung der Lebensqualität in Kauf genommen wird.

Auch der jüngere **Eklam1** argumentierte wie schon bei der ersten Diskussionsrunde im Modus selbstbezogener Pragmatik. Wenn er auch kaum klare Positionen markiert, macht er deutlich, dass er Atomkraft wegen der unabsehbaren Gefahren ablehnt. Solarstrom findet er als Alternative allerdings nutzlos. Umweltthemen sollte Bestandteil von Erziehung sein. Bio-Produkte kauft er trotz Enttäuschung. Die Widersprüchlichkeit seiner Aussagen lässt weniger eine eigene Meinung als eine Orientierung an vorherrschenden Meinungen vermuten, ohne dass diese für seine Identität besonders relevant sind. Unsicherheit haben bei Eklam1 nicht unbedingt Folgen für das Handeln, wenn er trotz Zweifel Bio-Produkte gelegentlich kauft. Auch Ökostrom ist für ihn trotz unklarer Herkunft eine gute Entscheidung. Die Umwelt ist ihm allgemein wichtig, möglicherweise aber eher als Teil eines grundlegenden Pflichtbewusstseins. Zentraler sind für ihn Familie, Beruf und das Management des Alltags. Die Selbstwirksamkeit und Verantwortlichkeit ist dabei vor allem auf das Private beschränkt. Eine Orientierung an der Umwelt bedeutet für ihn, weniger auf gesellschaftliche Strukturen und dafür mehr auf die eigenen Nachkommen einzuwirken.

Engagiert beteiligte sich **Eklam2** an der Diskussion. Dabei formulierte er auch kontroverse und widersprechende Meinungen. Seine Argumente beruhen auf klare Meinungen. Unsichere Handlungsgrundlagen, wie die Frage, ob sein Ökostrom wirklich aus Wasserkraft hergestellt wird, werden ausgeblendet oder sind irrelevant, da Nachhaltigkeit beziehungsweise Umwelt sowieso nur ein oberflächliches und sekundäres Motiv für ihn ist. Im Gegensatz zum eigenen Handeln stellt er das Handeln anderer infrage. Diese nach außen getragene Skepsis funktioniert als Abwehr gegen den Zweifel an die Richtigkeit eigener Entscheidungen aufgrund der divergenten Entscheidungen anderer. Sind ihm Zusammenhänge unklar, ist er bereit, sich Wissen anzueignen. Dabei gelingt es ihm nicht, bestimmte Aspekte in größeren Zusammenhängen zu sehen – etwa die Folgen der Atomkraft. Anders als die für ihn nur wenig relevante Umwelt, ist ihm Natur als direkt erlebbarer Prozess sehr wichtig. Deshalb stören ihn vermüllte Wälder und Gentechnik, und deshalb betreibt er aktiv Eigenernte, verarbeitet und verwendet Rohprodukte. In Zusammenhängen, die über sein eigenes Erleben hinausführen, fühlt er sich jedoch kaum verantwortlich. Dies ist aber weniger ein Rückzug ins Private, sondern entspricht eher seiner Sicht auf gesell-

schaftliche Rollen- und Zuständigkeitsverteilungen. Und so wirkt sich die geringe Wirksamkeit des eigenen Handelns nicht frustrierend aus, sondern ist Anlass, Verantwortung abzugeben. Anders noch als in der ersten Diskussionsrunde argumentierte Eklam2 selbstbezogen pragmatisch und nicht mehr im Modus ‚fatalistischer Skepsis‘. Dabei bemüht er auch einen zentralen Grundsatz der Nachhaltigkeit, wenn er von einer notwendigen Balance zwischen Umwelt, Sozialem und Wirtschaft spricht, die auf der Einsicht beruht, dass wirtschaftliche Prinzipien in den beiden anderen Bereichen Schaden anrichten können und deshalb nicht anwendbar sind. In beidem – der Orientierung an Natur sowie der Einsicht in die Relevanz von Nachhaltigkeit – liegt also ein Dynamisierungspotenzial hin zu größerer Aktivität und Veränderungsbereitschaft. So scheint die Gruppendiskussion Reflektionen anzuregen, auf die im Alltag, aus sozialen, Ressourcen- oder Kapazitätsgründen sonst verzichtet und eher auf vorgefasste Meinungen beharrt wird.

### **„Selbstbezogene Skepsis“**

Der Argumentationstyp „Selbstbezogene Skepsis“ beruht auf sozialisierte Motive. Die thematisierten Veränderungen werden als äußerliche Zwänge wahrgenommen, die zwar rational beurteilt werden, aber sich in Enttäuschung über Institutionen und Strukturen niederschlagen. Vertrauen und Zuversicht sind für den Nahbereich reserviert, im Weiteren aber herrscht Misstrauen vor. Wenn Alltagspraktiken verändert werden, dann eher im Modus reaktiver Anpassung. Insofern weist dieser Typ lediglich auf eine geringe innovative Bereitschaft zur Veränderung von Alltagspraktiken hin.

Der älteste Teilnehmer seiner Diskussionsgruppe ist der Rentner **Maklam3**. Nachhaltige Praktiken werden von ihm im Vergleich zu den anderen Diskussionsteilnehmern kaum berichtet. Stattdessen äußert er Misstrauen gegenüber nachhaltigen Produkten, weil ihm die Herstellungsbedingungen undurchsichtig und unkontrollierbar erscheinen. Ebenso verhält es sich mit Bezeichnungen von Regionalprodukten. Seine Selbstwirksamkeitserwartung ist dementsprechend gering. Er gibt an, beim Konsum eher an Haltbarkeit, Kosten und Geschmack orientiert zu sein. Er bemüht sich an den gewohnten Alltagspraktiken festzuhalten bis hin zum Rückzug in das Private, um Störungen aus dem Weg zu gehen. Umweltmotive spielen keine Rolle und hierauf bezogene Praktiken sind Maklam3 größtenteils fremd. Insgesamt führt er seine Argumentationen wie schon in der ersten Diskussionsrunde im Modus „Selbstbezogener Skepsis“ aus.

**Eklam3** beteiligte sich bei der zweiten Gruppendiskussion deutlich mehr als bei der ersten. Deutlich wird dabei eine Orientierung, die Eigenverantwortung, Privatheit sowie die Sicherung von Wachstum und Wohlstand betont. Er gehört einer eher unteren Einkommensgruppe an und scheint darauf bedacht, seinen bisher erarbeiteten Luxus wie Auto, Haus, Elektrogeräte und gelegentliche Pauschalreisen mit dem Flugzeug zu wahren und nicht etwa aus Umweltgründen darauf verzichten zu müssen. Er be-

harrt auf seine Routinen und kann sich keine Anlässe für Veränderungen vorstellen. Das erklärt, warum er eine Konsumenten-Verantwortung ablehnt. Bio und Fairtrade spielen keine Rolle für ihn, wobei er letzteres auch gar nicht zu kennen scheint. Die Konzentration liegt eher auf soliden Umweltpraktiken, wie Mülltrennung, die klar auf den eigenen Haushalt bezogen sind. Die Ablehnung von Verantwortung kann jedoch auch mit einem Gefühl der Exklusion von gesellschaftlichen Prozessen und Diskursen im Kontext von Umwelt und Nachhaltigkeit zusammenhängen: Da man ihn (und Leute seinesgleichen) kaum daran teilhaben lässt oder den Einfluss und die Wirkungen des ‚kleinen Mannes‘ kaum thematisiert, fühlt er sich nicht relevant und zieht sich ins Private zurück.

### **„Fatale Skepsis“**

Der Argumentationstyp „Fatale Skepsis“ behandelt Störungen und deren Deutung immer als äußere Impulse. Diese stehen zunächst konträr zu den sozialisierten Motive, die oft nostalgisch gedeutet werden. Von daher sind sie sehr stark identitätswirksam. Die Selbstwirksamkeit wird als sehr eingeschränkt geschildert. Misstrauen beherrscht vor allem die Außenbeziehungen. Die Argumentation erfolgt vor allem moralisch und wird durch Informationsblockaden abgesichert, sodass etablierte Deutungsmuster eine hohe Stabilität erlangen. Verantwortung wird allein für den Nahbereich übernommen.

**Eklawa1** nimmt die gesellschaftliche Verantwortung Einzelner für Umwelt und Soziales wahr und fühlt sich diesen Bereichen verpflichtet. Allerdings erwartet sie diese Einstellung bei allen Menschen und wird entsprechend regelmäßig enttäuscht. Diese Enttäuschung erfährt sie als Begrenzung ihrer Selbstwirksamkeit. Darum erwartet sie vom Staat, die Menschen zu einem entsprechenden sozial verantwortlichen Handeln zu zwingen. Dabei wird ihre Argumentation wie schon bei der ersten Gruppendiskussion als Typus ‚Fatalistische Skepsis‘ deutlich. Insbesondere tritt ihre recht rigide Suche nach Eindeutigkeit hervor. Entscheidungen sollen ein hohes Maß an Konsistenz aufweisen, was aber nur selten zutrifft. Und so verunsichern Diversität und Inkonsistenz sie dahingehend, dass sie sich eine sehr skeptische, misstrauende Haltung zu eigen macht und sich tendenziell ins Private zurückzieht. Hier sind dann allerdings Ausnahmen von der Regel für sie möglich. Der Argumentationstyp wird durchbrochen, wenn Eklawa1 von hoffnungsvollen Momenten, zum Beispiel beim Heranführen von Kindern an Do-It-Yourself-Praktiken, oder von positiven Beispielen, wie dem sozialen Engagement einer anderen Diskussionssteilnehmerin, spricht. Die Skepsis öffnet sich also zur Pragmatik und der Fatalismus zum Engagement, wenn sie die Wirksamkeit des eigenen Handelns erlebt. Auch die Gruppendiskussion scheint sie als einen Moment der Hoffnung zu sehen und nutzt diese für durchaus engagiert klingende Plädoyers. Ihre Forderung nach mehr staatlich gelenkter ‚Mobilisierung‘ sozial kaum Engagierter kann damit auch als ihre Form des Beitrags zu gesellschaftlicher Entwicklung gedeutet werden: Da sie selbst keinen wirksamen Einfluss hat, engagiert sie sich über das Einbringen von Vorschlägen und Maßnahmen.

Tabelle 1: Überblick über die Argumentationstypen

		Veränderungsbereitschaft			
		Skepsis	Pragmatik	Idealisierung	Optimierung
Aktivitätsgrad	Engagement	Fagom3 Fagom4 Eklawa2 Begowa1	Maklam2 Begowa3 Fagom1 Fagowa3	Maklam2 Maklam4 Fagowa2 Fagom5 Begowa1 Begowa2 Begom3	Maklam1 Maklam2 Maklam4 Fagom1 Fagom3 Fagowa3 Fagom5 Eklawa2 Begom1 Begowa3
	Selbstbezug	Maklam3 Fagom2 Eklam3 Begom3	Maklawa1 Fagowa1 Begowa2 Eklam1 Eklam2 Eklawa3		
	Fatalität	Elkawa1 Eklam2			

Erläuterung: Argumentationstyp 2. Runde der Gruppendiskussion *differenter Argumentationstyp* 1. Runde der Gruppendiskussion Teilnahme nur 1. Runde der Gruppendiskussion

Der Durchgang durch die verschiedenen von den Teilnehmern angewandten Argumentationstypen zeigt zunächst, dass diese im Sample vollständig vertreten sind. Sie erweisen sich einerseits als recht stabil, was angesichts der relativ stabilen Gruppenzusammensetzung zu erwarten war. Andererseits aber sind Dynamiken feststellbar, die vor allem auf den verschiedenen Kombinationen der Argumentationstypen beruhen. Insbesondere die engagierten Argumentationstypen weisen eine solche Interkonnektivität auf. Die engagierte Optimierung verweist dabei häufig auf Pragmatik und auch Idealisierung, aber sie ist auch mit Skepsis kombiniert zu finden. Es lässt sich weiterhin feststellen, dass bestimmte Argumentationstypen eher bei bestimmten Themen als bei anderen vorkommen. Insbesondere das Thema Mobilität ist von pragmatischen Argumentationen und Lösungsschilderungen geprägt. Hingegen bietet der Konsumbereich Ernährung viel mehr Möglichkeiten optimierter Alltagspraktiken. Ein weiteres wichtiges Ergebnis ist die Feststellung einiger Diskussionsteilnehmer, dass die Beteiligung an den Diskussionsrunden zu einer Reflexion über die besprochenen Themen führte, die auch bei manchen von ihnen mit einer erhöhten Veränderungsbereitschaft und einer erhöhten Aktivität verbunden ist.

## 4 Sozio-kulturelle Determinanten der Bereitschaft zur innovativen Veränderung von Alltagspraktiken

Im Anschluss an die Darstellung der Argumentationstypen soll geprüft werden, ob diese Affinitäten zu den „Typen alltäglicher Lebensführung“ (Otte 2004) aufweisen oder die festgestellten Kombinationen und Dynamiken bei den Argumentationstypen darauf zurückgeführt werden können. Anders als die Arten der Argumentationstypen, die als habituelle und damit individualisierte Weisen kollektiver Begründungsmuster verstanden werden sollen (John 2012), sind die Typen alltäglicher Lebensführung andersherum Zurechnungen persönlicher Werte-Präferenzen auf kollektive Muster, die als Milieus aufgefasst werden. Lassen sich so Hinweise auf bevorzugte Argumentationsmuster für Milieus erkennen?

Die Teilnehmer an der zweiten Runde der Gruppendiskussionen wurden mit der gleichen Kurzversion des Fragebogens zu den Typen alltäglicher Lebensführung befragt wie die Probanden der Repräsentativbefragung zum „Umweltbewusstsein in Deutschland 2012“.

Tabelle 2: Zuordnung der Teilnehmer an der Gruppendiskussion zu den Typen alltäglicher Lebensführung

*Ausstattungs-  
niveau*

<b>Gehoben</b>	<b>Konservativ Gehobene</b>	<b>Liberal Gehobene</b> Fagowa <sup>2</sup> Begom <sup>3</sup> , Begowa <sup>1</sup> Eklawa <sup>2</sup>	<b>Reflexive</b>
<b>Mittel</b>	<b>Konventionalisten</b> Begom <sup>1</sup> Eklam <sup>1</sup> , Eklam <sup>2</sup>	<b>Aufstiegsorientierte</b> Maklam <sup>1</sup> , Maklam <sup>2</sup> , Maklam <sup>3</sup> , Makam <sup>4</sup> , Maklaw <sup>1</sup> Fagom <sup>1</sup> , Fagom <sup>3</sup> , Fagom <sup>5</sup> , Fagowa <sup>3</sup> Begowa <sup>3</sup> Eklawa <sup>1</sup>	<b>Hedonisten</b>
<b>Niedrig</b>	<b>Traditionelle Arbeiter</b> Eklam <sup>3</sup>	<b>Heimzentrierte</b>	<b>Unterhaltungssuchende</b>
	Traditional/ biografische Schließung	Teilmodern/ biografische Konsolidierung	Modern/ biografische Offenheit
			<i>Modernität/biografische Perspektive</i>

Wie zu erwarten, lassen sich die meisten Teilnehmer an den Gruppendiskussionen dem alltäglichen Lebensführungstyp der moderat modernen und auf mittlerem Ausstattungsniveau angesiedelten „Aufstiegsorientierten“ zuordnen. In gleichem Maße moderat modern, aber auf höherem Ausstattungsniveau finden sich einige „Liberal Gehobene“. Außerdem finden sich einige traditionell orientierte Perso-

nen auf mittlerem und unterem Ausstattungsniveau, nämlich „Konventionalisten“ und ein „Traditioneller Arbeiter“.

Eklam3 argumentiert als „Traditioneller Arbeiter“ selbstbezogen skeptisch. Dies passt zu den allgemeinen Eigenschaften, mit denen dieser Lebensführungstyp beschrieben wird. Als Arbeiter mittleren Alters verfügt er über ein eher niedriges Einkommen.

Bei den „Konventionalisten“ Begom1 sowie Eklam1 und Eklam2 scheint der Unterschied zwischen großstädtischem und kleinstädtischem Milieu zum Tragen zu kommen. „Konventionalisten“ sind überwiegend eher konservativ eingestellt. Dies trifft für Eklam1 und Eklam2 gleichermaßen zu und schlägt sich in ihrer selbstbezogenen pragmatischen Argumentation nieder. Begom1 hingegen ist mit seinem Hochschulstudium ein eher untypischer „Konventionalist“, dessen lebensstilspezifischer Konservatismus wohl vor allem aus seiner prekären Arbeitssituation erwächst. Denn hinsichtlich seiner Argumentation erscheint er vor allem engagiert optimierend, als sehr aktiv und veränderungsbereit.

Die größte Gruppe der „Aufstiegsorientierten“ ist hinsichtlich der Argumentationstypen ebenfalls von Divergenzen gekennzeichnet. Die meisten „Aufstiegsorientierten“ argumentieren hinsichtlich ihres Aktivitätsgrades engagiert, wie man es von moderat modern eingestellten Personen erwarten kann. Die konkreten Lebenssituationen unterscheiden sich zum Teil, da sich hier sowohl Jüngere unter 29 Jahre, Personen im mittleren Alter und solche im Rentenalter mit entsprechend unterschiedlichem Einkommen und in verschiedenen Erwerbssituationen in einer Lebensstilgruppe wiederfinden. Wie oben erwähnt, differiert die anhand der Argumentationstypen angezeigte Veränderungsbereitschaft auf engagierten Niveau über alle Stadien von der Optimierung hin zur Skepsis und hängt insbesondere mit Erfahrungen in den jeweiligen Konsumfeldern zusammen. Drei Personen, nämlich Maklam3, Maklawa1 und Eklawa1 aber argumentieren deutlich anders als die anderen „Aufstiegsorientierten“. Die von Maklam3 zum Ausdruck gebrachte selbstbezogene Skepsis, und damit eine eher konservative Tendenz, lassen sich mit seinem höheren Alter erklären, wohingegen Maklawa1 als jüngste Teilnehmerin an den Diskussionsrunden in ihren Schilderungen noch sehr stark von ihrem Elternhaus bestimmt erscheint. Wie aber bereits festgestellt wurde, zeichnet sich in ihren Darstellungen Potenzial einer zukünftig höheren Aktivität und Veränderungsbereitschaft ab. Die fatalistisch selbstbezogene Argumentation von Eklawa1 hingegen lässt sich nur als Ergebnis massiver Frustration erklären, die womöglich im kleinstädtischen Lebensraum leichter konserviert wird. Darauf deutet die Erfahrung von Eklawa1 mit der deutlich anderen Situation der Gruppendiskussion hin. Dabei argumentiert sie hoffnungsvoll mit Bezug auf die Diskussionsrunde, weil sie Selbstwirksamkeit in den Schilderungen der anderen Teilnehmer erleben konnte.

Schließlich lassen sich vier Personen dem Lebensführungstyp „Liberal Gehobene“ zuordnen, nämlich Fagowa<sup>2</sup>, Begom<sup>3</sup>, Begowa<sup>1</sup> und Eklawa<sup>2</sup>. Auffallend ist, dass sie überwiegend in Großstädten leben. Auch argumentieren sie meistens engagiert, wobei hier jedoch ein Hang zur Idealisierung überwiegt, der leicht in Skepsis umschlägt. Vor allem die Rentner Begom<sup>3</sup> und Begowa<sup>1</sup> scheinen wegen ihres Alters und ihrer Idealisierung zu größerer Skepsis hinsichtlich ihrer Selbstwirksamkeit zu neigen. Fagowa<sup>2</sup> hingegen tendiert bei ähnlich idealisierender Argumentation nicht zur Skepsis, eben weil sie sich entsprechend ihres mittleren Alters noch viel stärker selbstwirksam erleben kann. Auch Eklawa<sup>2</sup> argumentiert engagiert idealisierend, vor allem aber nimmt sie Chancen zur Veränderung engagiert optimierend wahr.

Es zeigt sich, dass ein höheres Ausstattungsniveau und eine moderne Werteeinstellung einen höheren Aktivitätsgrad und eine höhere Veränderungsbereitschaft begünstigen. Jedoch wird dies durch Umstände wie das Alter, den Wohnort und das Einkommen konterkariert. Insofern genügt es nicht, Kommunikationsstrategien nach Lebensstiltypen auszurichten. Diese müssen immer auch den konkreten Lebensumständen und praxisrelevanten Erfordernissen in den Konsumfeldern gerecht werden. Auf welche Art diese ihren Niederschlag in den Erfahrungen mit Störungen des Alltags und Motivationen zur Veränderung der betroffenen Praktiken finden, lässt sich anhand der Argumentationstypen lernen.

## **5 Empfehlungen für die umweltpolitische Kommunikation**

Ausgehend von den Ergebnissen der vorstehenden Untersuchung muss umweltpolitische Kommunikation themenspezifisch an den Konsumfeldern und entsprechenden Alltagspraktiken ausgerichtet sein. Bei der konkreten Ansprache von Personen sind die Determinanten des Aktivitätsgrades und der Veränderungsbereitschaft aufzugreifen. Diese sind einerseits die soziodemographischen Merkmale, andererseits die individuellen Kapazitäten zu Reflexion und Bestimmung von alternativen Möglichkeiten und deren aktive, gestaltende Realisierung. Hierfür sollte die umweltpolitische Kommunikation motivierenden Antrieb und aktivierende Unterstützung bieten.

Die Analyse der Diskussionen zu den Praktiken in den jeweiligen Konsum- und Handlungsfeldern zeigte, dass diese unterschiedlich hinsichtlich der Komplexität der relevanten Zusammenhänge wahrgenommen werden und dies zu unterschiedlichen Graden an Problematisierungen führt. Die Kommunikationsstrategien müssen darum thematisch differenziert ausgerichtet sein und insbesondere konkrete alltagspraktische Probleme adressieren. Komplexe und darum nur schwer zu erfassende Zusammenhänge wurden in allen Konsumbereichen benannt. Nur Mobilität erscheint für alle Diskussionsteilnehmer ein überschaubarer Bereich zu sein, in dem pragmatische Lösungen kaum Irritationen aufweisen. Diese alltägliche Problemlosigkeit zeigt sich etwa durch die große Stabilität bei der Wahl der Verkehrsmittel, wie sie anhand der Ergebnisse der Repräsentativbefragung (BMU/UBS 2013: 27 ff.) deutlich wurde. Ande-

rer Bereiche wie der Lebensmittelkonsum, Energie, Kleidung, Haushalts-, Unterhaltungs- und Kommunikationstechnik oder neue Formen umweltrelevanten Verhaltens wie etwa die Leistung von Kompensationszahlungen und ökologische Geldanlagen bedürfen Informationen, die die jeweiligen Komplexitäten nicht unterschätzen, aber diese in entscheidungsrelevanter Form aufbereiten. Solche Informationen sind heute schon in vielen Fällen vorhanden, jedoch nicht immer leicht zu erlangen. Hier kann zum Beispiel ein zentrales, eingängig betitelt, internetbasiertes Konsumenten-Wiki weiterhelfen, das von glaubwürdigen Institutionen transparent moderiert und verwaltet wird und auch auf weiterführende vertrauenswürdige Informationen verweist. Aber informative Kommunikation muss auch unmittelbar in relevanten Entscheidungszusammenhängen der jeweiligen Konsumfelder zugänglich sein. Auch hierfür ist moderne Kommunikationstechnik einzusetzen, die relevante Informationen vernetzt und leicht zugänglich macht. Dabei sollte ein empfehlender Charakter der Informationen nicht vermieden werden, da die Diskussionsteilnehmer gerade danach oft verlangen.

Hinsichtlich der Argumentationstypen sollte die Kommunikation auf die Transformation hin und den Erhalt „Engagierter Optimierung“ zielen. Dieser Argumentationstyp bringt das höchste Aktivitätsniveau und die höchste Veränderungsbereitschaft zum Ausdruck. Gleichwohl ist dieser Argumentationstyp nicht selbst stabilisierend, sondern wird bei gleichbleibender Aktivität mindestens auf der Achse der Veränderungsbereitschaft in Richtung Skepsis verschoben. Darum bedürfen auch Personen, die ihre Alltagspraktiken im Modus „Engagierter Optimierung“ beschreiben, der Unterstützung.

Personen, die sich und ihre Alltagspraktiken mit dem Argumentationstyp „Fatalistische Skepsis“ beschreiben, bedürfen des meisten Zuspruchs und größter kommunikativer Aufmerksamkeit. Deutlich wurde, dass dieser Argumentationstyp nicht auf eine geringe Modernität oder einem niedrigen Ausstattungsniveau zurückzuführen ist. Die Kommunikationsstrategien müssen sich hier auf die Ermöglichung erlebter Selbstwirksamkeit konzentrieren. Dabei geht es darum, durch das Erlebnis selbstbestimmter Wirksamkeit, die tendenzielle Resignation zu überwinden und persönliche Zuversicht zu erzeugen. Dazu muss das Umweltthema als relevant für die Selbstwirksamkeit markiert werden, indem die umweltpolitische Kommunikation an jenen relevanten Alltagspraktiken anschließt, die durch ihre Komplexität schwer zu erfassen sind und dadurch zu kognitiven Frustrationen verleiten. Hier sind entsprechende pointierte Informationen und verbindliche Handreichungen von vertrauenswürdigen Einrichtungen als Entscheidungshilfen angebracht. Vertrauen in Kontroll- und Verwaltungssysteme kann durch personales Vertrauen nicht ersetzt werden, wenn es darum geht, die enge regionale oder gar lokale Fokussierung der marginalisierten Selbstwirksamkeit aufzubrechen. Das latente Misstrauen kann hier nur durch offensive Darstellung von Transparenz in Form von einfach gehaltenen und klaren Informationen überwunden werden. Dabei ist es entscheidend, dass diese, für schnelle Entscheidungen vereinfachten Information bei Bedarf ohne Barrieren vertieft werden können. Indem auf diese Weise das Ak-

tivitätsniveau nicht nur erhöht, sondern auch dessen Fokus erweitert wird, ist ein umfassenderes Verantwortungsbewusstsein aufzubauen, das den Horizont des Privaten überschreitet. Als Rahmen für solche Kommunikation hat sich in einem Fall die Gruppendiskussion als gutes Instrument erwiesen. Ausgehend von dieser Form, sollten alltagspraktische Informations- und Diskussionsveranstaltungen als Rahmen umweltpolitischer Kommunikation angeboten werden, die einen niedrighwelligen Zugang ermöglichen, indem sie als Verbraucherveranstaltungen oder thematisch an regional aktuelle Problemlagen anknüpfende Diskussions- und Vortragsreihen gestaltet werden, wie sie etwa von Verbraucherzentralen angeboten werden.

Von diesem, in gewisser Weise maximalem Kommunikationsprogramm lassen sich für, aufgrund ihrer verwandten Argumentationstypen als aktive und veränderungsbereite anzusehenden Personen weitere Kommunikationsstrategien ableiten. Personen, die sich und ihre Praktiken überwiegend skeptisch beschreiben, bedürfen vor allem des Erlebnisses der Selbstwahrnehmung. Hierfür sind Angebote des Mitmachens nützlich, die über bloße Informationsveranstaltungen hinausgehen, aber trotzdem inhaltlich konkret gestaltet werden müssen. Angebote der Volkshochschulen, aber mehr noch von Initiativen, die neue Formen gemeinschaftlicher Produktion und Konsumption anbieten, sind hier gefordert. Auf diese Weise kann der Aktivitätsgrad auch über den Selbstbezug zum Engagement gehoben werden. Wissen kann auf diese Weise als praktisch relevant vermittelt werden, indem die Selektion von Informationen unmittelbar an erlebbaren Praktiken anknüpft. Auf diese Weise kann auch die tendenzielle Resignation der Skeptiker überwunden werden.

Personen, die pragmatische Lösungen bevorzugen, erleben sich durchaus als selbst wirksam, fokussieren dabei aber stärker auf ihren unmittelbaren Wirkungskreis und neigen stärker dazu, die jeweiligen Probleme unterkomplex zu behandeln. Auf diese Weise fällt es ihnen leichter, Verantwortung lediglich auf den Nahbereich zu beschränken. Hier ist für Personen, die selbstbezogen pragmatisch argumentieren, über sensibilisierende Informationen die Vernetzung eigener Handlungen mit den entfernten Wirkungen anderswo aufzuzeigen. Neben Informationsveranstaltungen sind hier aber auch massenmedial wirksame Vorbildwirkungen mit Maßnahmen zu erzielen, die von einigen Diskussionsteilnehmern hinsichtlich der gesetzlichen Regulierung zur Beschränkung extrem nicht-nachhaltiger Produkte verlangt wurde. Wenn sich solche Wirtschaftsblockaden auch nur schwer durchsetzen lassen, so sind doch Informationen im unmittelbaren Handlungsfeld über politische Kampagnen gerade angesichts von Skandalen als sehr wirksam einzuschätzen.

Die engagiert idealisierende Argumentation weist darauf hin, dass eine hohe Bereitschaft zu Veränderung bei solchen Personen vorhanden ist, diese aber nicht systematisch, sondern eher zufällig und eher emotional getrieben, solche Veränderungen umsetzen. Dabei werden diese oft auch vehement von Anderen gefordert, sodass diese Selbstbeschreibung schnell an Grenzen stößt. Sie kann derart frustrierend

wirken, dass die Idealisierung in Skepsis umschlägt. Insofern kommt es hier auf das verstärkte praktisch relevante Erleben der normativen Vorstellungen an. Als Kommunikationsstrategien bieten sich die von Teilnehmern vorgeschlagenen Belohnungen an, die solches umweltaffine Engagement nicht sogleich monetär honorieren, sondern es über entsprechende Kampagnen als vorbildlich herausstellen. Dies kann etwa geschehen, indem die Wirksamkeit der Entscheidungen und des Verhaltens Einzelner anerkannt wird, sei es durch praktisch relevante Vorteile, wie das oben erwähnte Benutzen der Busspur durch voll besetzte PKWs, als auch der Einladung von Aktivisten bei der Gestaltung der oben erwähnten Informationsveranstaltungen.

Durch öffentlich wirksame Anerkennung sind auch diejenigen zu motivieren, die ihre Alltagspraktiken engagiert optimierend betreiben und beschreiben. Dabei kommt es allerdings auch jenseits von bloßer Kommunikation darauf an, dass die infrastrukturellen Voraussetzungen gegeben sind, die solches Verhalten ermöglichen, fördern und auch fordern. In den meisten Fällen sind diese Strukturen lokal oder regional zu verorten. Hier gilt es darum, diese Personen mit hohem Aktivitätsniveau und hoher Veränderungsbereitschaft bei der Gestaltung dieser Strukturen aktivierend einzubeziehen und nicht nur zu passiven Voten etwa bei Planfeststellungsverfahren anzusprechen. Des Weiteren lassen sich Aktivität und Veränderungsbereitschaft erhalten und verstärken, wenn relativ freie Gestaltungsräume gesellschaftlich verfügbar gehalten werden, so dass alternative Produktions- und Konsumformen, Mobilität oder Freizeitgestaltung möglich sind.

Für die Teilnahme an einer verantwortungsvollen, zukunftsorientierten und weltoffenen Gestaltung des Alltags sind ein höheres Ausstattungsniveau und ein höheres Maß an Modernität keine Bedingungen, doch wirken sie sich förderlich aus. Einerseits sollte umweltpolitische Kommunikation darum klar machen, dass es nicht in erster Linie auf die finanzielle Ausstattung ankommt, um den Alltag umweltgerecht zu gestalten. Dazu müssen die Zugangsschwellen zu den Informationsveranstaltungen, Kampagnen und Initiativen niedrig gehalten werden. Andererseits aber muss umweltpolitische Kommunikation über die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge in einer Art berichten, die deren Komplexität nicht negiert, aber auch Entscheidungen dadurch nicht erschwert. Hierzu sollte unmittelbar an realistische Alltagsszenarien angeknüpft werden. Sie sollte, wie ein Diskussionsteilnehmer formulierte, einfach sein, ohne zu vereinfachen.

## 6 Literatur

- Bohnsack, Ralf (1997): Dokumentarische Methode. In: Hitzler, Ronald; Honer, Anne (Hg.): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Opladen: Leske+Budrich: 191-212.
- Bohnsack, Ralf (2010): Dokumentarische Methode und Typenbildung – Bezüge zur Systemtheorie. In: John, René; Henkel, Anna; Rückert-John, Jana (Hg.): Die Methodologien des Systems. Wiesbaden: VS: 291-320.
- John, René (2012): Umwelt als Problem. Gruppendiskussionen zur Relevanz der Umweltthematik im Alltag. Beiträge zur Sozialinnovation Nr. 9. Berlin: Institut für Sozialinnovation [<http://www.isinova.org/images/literatur/BzS9.pdf>, 6. April 2013].
- John, René (2015): Das Scheitern einer globalen Konferenz als Chance partikularer Lösungen. Beiträge zur Sozialinnovation Nr. 13. Berlin: Institut für Sozialinnovation [<http://www.isinova.org/images/literatur/BzS13.pdf>, 30. Januar 2015].
- Luhmann, Niklas (1996): Die Realität der Massenmedien. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Otte, Gunnar (2004): Sozialstrukturanalyse mit Lebensstilen. Wiesbaden: VS.
- Mayring, Philipp (2000): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Flick, Uwe; Kardorff, Ernst von; Steinke, Ines (Hg.): Qualitative Forschung. Reinbek: Rowohlt: 468-475.
- BMU/UBA (2013): Umweltbewusstsein in Deutschland 2012. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin.

## Beiträge zur Sozialinnovation (ISSN 1610-7152)

Bisher erschienen:

- |       |  |  |
|-------|--|--|
| Nr.1  | René John  | Innovation im evolutionären Wandel   |
| Nr.2  | Ralf Wetzel  | Gesichter einer Innovation. Disparate Deskription eines sozialpolitischen Instruments und ihre Einsichten                                |
| Nr.3  | Tino Vordank und Kristin Klages  | Messung der Arbeitszufriedenheit bei einem Engineering-Dienstleister der Automobilbranche. Methodische Überlegungen und Befragungsdesign |
| Nr.4  | René John und Jens Aderhold  | Neuheit als Problem der Gesellschaft. Zur Bedeutung eines problematisierenden Selbstverständnisses einer Wissenschaft                    |
| Nr.5  | Jens Aderhold und Florian Döring   | Corruption revisited. Zur Unvermeidbarkeit sozialer 'Verschmutzungseffekte'  |
| Nr.6  | Jens Aderhold (Hg.)  | Eliten und ihre Bedeutung in gesellschaftlichen Transformationsprozessen   |
| Nr.7  | Inka Bormann, René John, Jana Rückert-John   | Innovationskraft lokalen Nachhaltigkeitsengagements in Bildung, Kultur und Wirtschaft  |
| Nr.8  | René John  | Innovativität der Alltagsroutinen – Stabilität, Veränderung und Umweltoffenheit  |
| Nr.9  | René John  | Umwelt als Problem. Gruppendiskussionen zur Relevanz der Umweltthematik im Alltag  |
| Nr.10 | Jana Rückert-John  | Herausforderungen nachhaltiger Entwicklung aus Expertensicht: Probleme und Lösungen  |
| Nr.11 | Jana Rückert-John, Melanie Jaeger-Erben, Martina Schäfer, Jens Aderhold, René John | Soziale Innovationen für nachhaltigen Konsum. Kriterien zur Analyse und Systematisierung   |
| Nr.12 | Götz Richter, René John, Edelgard Kutzner  | The sustainability of a social innovation in work relations: a diversity management tool. Barriers and opportunities for its diffusion   |
| Nr.13 | René John  | Das Scheitern einer globalen Konferenz als Chance partikularer Lösungen  |

Zu beziehen über [www.isinova.org](http://www.isinova.org).